

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I <i>Mitteilungen</i>	
	Kommission	
2000/C 184/01	Euro-Wechselkurs	1
2000/C 184/02	Staatliche Beihilfen — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 5 der Entscheidung Nr. 2496/96/EGKS der Kommission vom 18. Dezember 1996 zur Einführung gemeinschaftlicher Vorschriften über Beihilfen an die Eisen- und Stahlindustrie zu der von Italien notifizierten Beihilfe C 25/2000 (ex N 145/99 und N 749/99) an die EGKS-Stahlunternehmen Lucchini SpA und Siderpotenza SpA (¹)	2
2000/C 184/03	Staatliche Beihilfen — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zur Maßnahme Nr. C 15/2000 (ex N 638/99) — Änderung einer Beihilferegelung in Form verminderter Sozialversicherungsbeiträge (¹)	10
2000/C 184/04	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden	18
2000/C 184/05	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden (¹)	20
2000/C 184/06	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden (¹)	23
2000/C 184/07	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden (¹)	24
2000/C 184/08	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden (¹)	25
2000/C 184/09	Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen (¹)	25

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2000/C 184/10	Bekanntmachung über die Einleitung einer Überprüfung der Antidumpingmaßnahmen betreffend die Einfuhren von Faxgeräten für den Privatgebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China, Japan, der Republik Korea, Malaysia, Singapur, Taiwan und Thailand ⁽¹⁾	26
2000/C 184/11	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.1884 — Mondi/Frantschach/AssiDomän) ⁽¹⁾	28
2000/C 184/12	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.1982 — Telia/Oracle/Drutt) ⁽¹⁾	29
2000/C 184/13	Mitteilung an die Marktbeteiligten des Bananensektors	30

Hinweis (siehe dritte Umschlagseite)



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

HINWEIS

Am 6. Juli 2000 erscheint im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* C 187 A der „Gemeinsame Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten — Vierte Ergänzung zur 21. Gesamtausgabe“.

Die Abonnenten des *Amtsblatts* erhalten unentgeltlich die der Zahl und der/den Sprachfassung(en) ihrer Abonnements entsprechenden Exemplare. Sie sind gebeten, den untenstehenden Bestellschein ordnungsgemäß ausgefüllt und mit ihrer „Matrikelnummer“ (dem Code, der links auf jedem Etikett erscheint und mit O/. beginnt) versehen zurückzusenden. Die kostenlose Bereitstellung des *Amtsblatts* wird während eines Jahres ab dem jeweiligen Erscheinungsdatum gewährleistet.

Nicht abonnierte Interessenten können dieses *Amtsblatt* gegen Bezahlung bei dem für ihr Land zuständigen Vertriebsbüro bestellen oder sich unmittelbar an das Amt für amtliche Veröffentlichungen, Vertriebsdienst, L-2985 Luxemburg, wenden, das ihre Bestellung an das zuständige Vertriebsbüro weiterleiten wird.

BESTELLSCHEIN

**Amt für amtliche Veröffentlichungen
der Europäischen Gemeinschaften**

Vertriebsdienst
2, rue Mercier
L-2985 Luxemburg

Ich bin Abonnent des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften*.

Meine Matrikelnummer lautet: O/.

Bitte schicken Sie mir . . . kostenlose(s) Exemplar(e) des **Amtsblatts C 187 A/2000**.

Ich bestelle . . . zusätzliche(s) Exemplar(e) gegen Bezahlung.

Sprache(n):

Ich bin nicht Abonnent des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* und bestelle gegen Bezahlung . . . **Exemplar(e)**.

Sprache(n):

Name:

Anschrift:

.....

Datum: Unterschrift:

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**30. Juni 2000**

(2000/C 184/01)

1 Euro	=	7,4610	Dänische Kronen
	=	336,83	Griechische Drachmen
	=	8,4210	Schwedische Kronen
	=	0,6323	Pfund Sterling
	=	0,9556	US-Dollar
	=	1,4157	Kanadische Dollar
	=	100,570	Yen
	=	1,5576	Schweizer Franken
	=	8,1850	Norwegische Kronen
	=	73,1033	Isländische Kronen ⁽²⁾
	=	1,5894	Australische Dollar
	=	2,0310	Neuseeland-Dollar
	=	6,49808	Rand ⁽²⁾

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽²⁾ Quelle: Kommission.

STAATLICHE BEIHILFEN

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 5 der Entscheidung Nr. 2496/96/EGKS der Kommission vom 18. Dezember 1996 zur Einführung gemeinschaftlicher Vorschriften über Beihilfen an die Eisen- und Stahlindustrie zu der von Italien notifizierten Beihilfe C 25/2000 (ex N 145/99 und N 749/99) an die EGKS-Stahlunternehmen Lucchini SpA und Siderpotenza SpA

(2000/C 184/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 26. April 2000, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Italien ihren Beschluß mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 6 Absatz 5 der Entscheidung Nr. 2496/96/EGKS einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu der Beihilfe, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Wettbewerb
 Direktion Staatliche Beihilfen II
 Rue de la Loi/Wetstraat 200
 B-1049 Brüssel
 Telefax (32-2) 296 95 79

Alle Stellungnahmen werden Italien übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angaben von Gründen schriftlich beantragen, daß seine Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

VERFAHREN

Mit Schreiben vom 16. März 1999 notifizierte Italien der Kommission gemäß Artikel 3 (Umweltschutz) der Entscheidung Nr. 2496/96/EGKS der Kommission vom 18. Dezember 1996 zur Einführung gemeinschaftlicher Vorschriften über Beihilfen an die Eisen- und Stahlindustrie⁽¹⁾ (in der Folge „Stahlbeihilfenkodex“) eine Beihilfe zugunsten der Lucchini SpA für deren Investitionen in das Werk in Piombino (N 145/99).

Mit Schreiben vom 29. November 1999 meldete Italien gemäß Artikel 3 des Stahlbeihilfenkodex weitere Beihilfen an die Lucchini SpA, Piombino, und Siderpotenza SpA, einem Stahlunternehmen im Besitz der Lucchini-Familie (N 749/99) an.

BESCHREIBUNG DER BEIHLIFE

I. Lucchini SpA, Piombino

Das in den beiden Notifizierungen angemeldete Beihilfevorhaben für das Werk in Piombino beläuft sich auf 13,5 Mrd. ITL (6,98 Mio. EUR); die förderfähigen Investitionskosten werden von den italienischen Behörden mit 190,9 Mrd. ITL (98,58 Mio. EUR) veranschlagt. Die Beihilfeintensität beträgt ca. 7 %.

Die notifizierte Beihilfe soll dazu beitragen, daß die verbindlichen Umweltnormen übertroffen werden, da die bestehenden Anlagen bereits den geltenden Anforderungen genügen. Die Investitionen sind Teil eines 1998 eingeleiteten Programms und sehen die Ersetzung/Modernisierung alter Produktionsanlagen vor.

Die notifizierten Investitionen betreffen folgenden Anlagen:

Kokerei: Zwei Notifizierungen — 22 Mrd. ITL und 16,7 Mrd. ITL — über einen Gesamtbetrag von 38,7 Mrd. ITL.

Wasser- und Abwassersystem: Die notifizierten Investitionen belaufen sich auf 19,7 Mrd. ITL. Vorgesehen ist eine weitreichende Modernisierung (ca. 40 %) des bestehenden Wasser- und Abwassersystems sowie die teilweise Umstellung von Meerwasser auf kommunales Wasser.

Hochofen: Die notifizierte Investition beläuft sich auf 37,7 Mrd. ITL.

Stahlwerk: Die notifizierte Investition beläuft sich auf 92,8 Mrd. ITL und macht rund 58 % der gesamten Investitionen in diese Anlage aus.

Nach Auskunft der italienischen Behörden wirken sich die Investitionen in das Stahlwerk nur insofern geringfügig auf die Produktionskosten aus, als sie Energieeinsparungen ermöglichen. Zur Berechnung der förderfähigen Kosten ziehen die italienischen Behörden diese Einsparungen entsprechend 6,66 Jahren ab und rechnen die Abschreibungskosten während dieses Jahreszeitraums zu den ursprünglichen Investitionskosten hinzu.

II. Siderpotenza

In dem letzten Schreiben, mit dem ergänzende Informationen übermittelt wurden, zogen die italienischen Behörden drei Vorhaben zurück. Die drei verbleibenden, die sich auf insgesamt 5,9 Mrd. ITL belaufen, betreffen die Rauchabsauganlage des Stahlwerks (4 Mrd. ITL), die Brenn- und Nachbrennanlage (1 Mrd. ITL) und ein neues Begichtungssystem des Walzwerks (910 Mio. ITL). Mit den notifizierten Investitionen sollen die verbindlichen Umweltnormen, denen die bestehenden Anlagen bereits entsprechen, deutlich übertroffen werden.

⁽¹⁾ ABl. L 338 vom 28.12.1996, S. 42.

Die geplante Beihilfe beläuft sich auf 1,3 Mrd. ITL und weist eine Beihilfeintensität von 22,33 % auf.

WÜRDIGUNG DER BEIHILFE

Rechtsgrundlage

Gemäß Artikel 3 des Stahlbeihilfenkodex können Investitionen zur Verbesserung des Umweltschutzes gefördert werden. Die diesbezüglichen Voraussetzungen sind im Anhang zu dem Beihilfenkodex und in dem Gemeinschaftsrahmen für staatliche Umweltschutzbeihilfen⁽²⁾ festgelegt.

Anstehende Beihilfefälle

1. Lucchini, Piombino

Ausschlaggebend für die Beurteilung der Beihilfe ist, ob die geplante Investition für Umweltschutzbeihilfen in Betracht kommen. Da nach dem Anhang zum Stahlbeihilfenkodex Investitionen aus rein wirtschaftlichen Überlegungen nicht förderfähig sind, ist im einzelnen zu ermitteln, aus welchen Gründen die Investition getätigt wird.

Die notifizierte Investition ist Teil eines umfassenden Investitionsprogramms, das von dem Lucchini-Konzern durchgeführt wird, um die Produktionsanlagen zu modernisieren und umweltfreundlicher zu gestalten. Von den neuen Investitionen profitieren nur alte Anlagen. Nach Auskunft der italienischen Behörden beträgt die verbleibende Lebensdauer der Anlagen noch mindestens 25 %, wie dies im Stahlbeihilfenkodex festgelegt ist, damit Neuinvestitionen gefördert werden können. Dies ist allerdings fragwürdig, da die Anlagen anderen Informationen zufolge überholt sein sollen. Wie die italienischen Behörden mitteilten, konnten sie den neuen Anforderungen an Produktion und Umweltschutz nicht genügen.

Eine erste Bewertung der vorliegenden Informationen führt zu dem Schluß, daß die Investitionen vor allem aus wirtschaftlichen Gründen getätigt und die Umweltverbesserungen nur vorgenommen wurden, weil dies unumgänglich war. Selbst wenn die notifizierten Investitionen nicht unmittelbar an neue Produktionsanlagen geknüpft sind, waren sie dennoch notwendig, um zu gewährleisten, daß die Modernisierung/Erweiterung der Produktionsanlagen langfristig sinnvoll ist bzw. die neu installierte Produktionskapazität ausgeschöpft werden kann.

Effektiv haben die italienischen Behörden nicht den Beweis erbracht, daß die Investitionen aus Gründen des Umweltschutzes und nicht aus wirtschaftlichen Gründen getätigt wurden. Darüber hinaus hat der Investor in den Fällen, in denen die Ausrüstungen/Anlagen ersetzt werden, bisher nicht nachgewiesen, daß eine klare Entscheidung für höhere Umweltnormen getroffen wurde, die zusätzliche Investitionen erfordert, d. h. daß eine kostengünstigere Lösung möglich gewesen wäre, um den gesetzlichen Umweltauflagen gerecht zu werden. Da

nach dem Anhang zum Stahlbeihilfenkodex Investitionen aus wirtschaftlichen Gründen nicht beihilfefähig sind, auch wenn solche Investitionen ausschließlich dem Umweltschutz dienen, bezweifelt die Kommission, daß die notifizierten Investitionen als förderungswürdig angesehen werden können.

Neben dieser allgemeinen Bemerkung, die für alle Investitionen gilt, ergeben sich bei der Prüfung der Beihilfe anhand der geltenden Vorschriften weitere Probleme:

In bezug auf die Kokerei, den Hochofen und das Stahlwerk ist es fraglich, ob sich die Investitionen nicht doch auf die Produktion auswirken. Im Zusammenhang mit der Kokerei ist es ebenfalls zweifelhaft, ob die Verbesserung des Umweltschutzes als „spürbar“ bezeichnet werden kann, vor allem wenn die nach jeder Investitionsphase erzielten Fortschritte mit den früheren Gegebenheiten, wie von den italienischen Behörden geschildert, verglichen werden. Im Zusammenhang mit dem Stahlwerk ist die von den italienischen Behörden vorgenommene Berechnung der förderfähigen Kosten ebenfalls fraglich.

2. Siderpotenza

Einige dieser Investitionen wurden offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen getätigt, d. h. zur Modernisierung/Rationalisierung der Produktion. Die italienischen Behörden haben bereits eingeräumt, daß dies auf einen Teil der ursprünglich notifizierten Investitionen zutrifft und drei Vorhaben zurückgezogen. Zu den verbleibenden Investitionen ist festzustellen, daß die Investitionen in die Rauchabsaug- und die Nachbrennanlage aus Umweltschutzgründen getätigt wurden und keine Auswirkungen auf die Produktion haben, doch trifft dies für die Investitionen in das Walzwerk nicht zu. Diese Investitionen betreffen unmittelbar den Produktionsprozeß und sind allem Anschein nach nicht aus Umweltgründen, sondern zur Optimierung des Produktionsprozesses getätigt worden. Die Auswirkungen auf die Umwelt sind ein indirektes Ergebnis der Produktionsverbesserungen und betreffen in erster Linie den Gesundheitsschutz und die Sicherheit der Arbeitnehmer und nicht die Umwelt als solche. Deshalb hat die Kommission Zweifel an der Beihilfefähigkeit der Investitionen, da sie offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen getätigt wurden, und gibt zu bedenken, daß Aufwendungen, die nicht dem Umweltschutz dienen, nicht förderfähig sind.

Generell scheint die hohe Beihilfeintensität (22,33 %) für sämtliche Vorhaben nicht im Verhältnis zu den Verbesserungen des Umweltschutzes und den hierfür erforderlichen Investitionen zu stehen, wie dies in den Gemeinschaftsvorschriften verlangt wird. Obwohl die geplante Beihilfeintensität nahe an die Höchstgrenze (30 %) heranreicht, haben die italienischen Behörden das hohe Beihilfeniveau nicht hinreichend begründet. Zwar wird sowohl mit der Rauchabsauganlage (hauptsächlich durch eine Staubbinding bis zu 30 %) und der Nachbrennanlage (Reduzierung des CO-Rauchausstoßes um ca. zehn Prozentpunkte) die Umweltbelastung erheblich verringert, doch rechtfertigt dies keinesfalls ein solches Beihilfeniveau, da Investitionen nur dann als förderfähig gelten, wenn ein deutlich höheres Umweltschutzniveau erreicht wird. Daher sind weitere Informationen über das tatsächlich zu erreichende Umweltschutzniveau erforderlich. Auch in Anbetracht der relativ geringen Investitionskosten (für die ersten beiden Vorhaben wird ein Betrag von 2,57 Mio. EUR genannt) ist es fraglich, ob eine Beihilfe in dem geplanten Umfang notwendig ist.

(²) ABl. C 72 vom 10.3.1994, S. 3.

DAS SCHREIBEN

„La Commissione informa l'Italia che, dopo aver esaminato le informazioni fornite dalle autorità italiane in merito all'aiuto succitato, ha deciso di avviare il procedimento previsto dall'articolo 6, paragrafo 5, della decisione 2496/96/CECA della Commissione, del 18 dicembre 1996, recante norme comunitarie per gli aiuti a favore della siderurgia ⁽³⁾ (in appresso denominata Codice degli aiuti alla siderurgia) nei confronti dell'aiuto notificato dall'Italia in favore delle succitate società siderurgiche CECA.

Procedimento

N 145/99

Con lettera datata 16 marzo 1999, l'Italia ha notificato alla Commissione, ai sensi dell'articolo 3 del codice degli aiuti alla siderurgia (protezione dell'ambiente), un aiuto in favore di Lucchini SpA per investimenti realizzati presso lo stabilimento di Piombino. La Commissione ha chiesto informazioni complementari con lettere datate rispettivamente 19 aprile 1999 e 17 gennaio 2000, cui ha ricevuto risposta il 6 dicembre 1999 e l'8 marzo 2000.

N 749/99

Con lettera datata 29 novembre 1999, l'Italia ha inoltre notificato un aiuto, ai sensi dell'articolo 3 del codice degli aiuti alla

siderurgia, in favore di Lucchini SpA, stabilimento di Piombino, e di Siderpotenza SpA, una società siderurgica appartenente alla famiglia Lucchini. La Commissione ha chiesto informazioni complementari con lettera datata 19 gennaio 2000, alla quale ha ricevuto risposta in data 8 marzo 2000.

Descrizione dettagliata dell'aiuto**I. Lucchini SpA, stabilimento di Piombino****a) Gli investimenti**

Gli aiuti notificati in favore di Lucchini SpA, stabilimento di Piombino, riguardano investimenti realizzati dalla società che, secondo le autorità italiane, contribuiscono a migliorare notevolmente la tutela dell'ambiente. Si tratta di investimenti relativi agli impianti di cokeria (entrambe le notifiche), produzione ghisa (altoforno), produzione acciaio (acciaieria), aspirazione fumi dell'acciaieria (tutti nella prima notifica), nonché all'impianto idrico e fognario (ultima notifica). Il costo totale dell'investimento notificato, considerato ammissibile dalle autorità italiane, ammonta a 190,9 miliardi di ITL (98,58 milioni di EUR). L'aiuto prospettato ammonta a 13,5 miliardi di ITL (6,98 milioni di EUR), pari ad un'intensità di aiuto del 7%.

Gli investimenti notificati possono essere riassunti come segue:

(in milioni di ITL)

A. Notifica N 145/99	152 527
1. Impianto di cokeria	22 062
di cui:	
— nuovo trasporto fossile con nastro ecologico	3 000
— caricatrici ecologiche (carica forni)	5 000
— sigillatura a mezzo saldatura speciale ceramica celle forni	4 241
— nuove porte delle celle coke per impedire uscita di gas	2 488
— dispositivi automatici per raschiatura catrame su sfornatrici coke	2 100
— cabina elettrica supplementare per evitare danni ambientali per mancanza di energia elettrica	1 767
2. Impianto altoforno	37 705
di cui:	
— macchine tappatrici e foratrici per eliminazione tappi di catrame	2 968
— loppa: macchinari per INBA e ciminiera per captazione vapore	6 138
— abbattimento polveri gas con torre di lavaggio acqua polverizzata	6 303
— convogliatori e nastri trasportatori per diminuzione polverino	7 730
— nuovo sistema di raccolta polverino e macinazione fossile	6 676
— scaricatore CSU 2 500 tonnellate con tramoggia raccolta antipolvere (quotaparte del costo complessivo)	3 500

⁽³⁾ GU L 338 del 28.12.1996, pag. 42.

3. Impianto acciaieria	14 060
di cui:	
— nuovo impianto ferro leghe con cappe e nastri chiusi	5 000
— nuova postazione di desolforazione ghisa altamente ecologia	6 980
— nuovo postazione rasatura ghisa per miglioramento ambiente	1 300
4. Impianto aspirazione fumi in acciaieria	78 700
— cappe raccolta impianto raffreddamento complete di elettrofiltri e impianto ausiliario di complemento altamente ecologico per aspirazione fumi in acciaieria del costo totale di 6 000 milioni di ITL	71 700
— ventilatore	7 000
B. Notifica N 749/99	38 358
1. Impianto di cokeria	16 678
di cui:	
— adeguamento piano di carico batteria da 27 forni della cokeria	7 678
2. Impianto idrico e fognario	19 680
di cui:	
— impianto idrico per prelievo da depuratore comunale dell'acqua corrente per il funzionamento di rete e accessori	1 500
— isola sud per colate continue n. 1 e n. 2	3 640
— isola ovest (treno laminazione per rotaie, colata continua n. 3, impianto degasaggio acciaio)	3 640
— isola cokeria	2 000
— isola colata continua n. 4	1 000
3. Progettazione e opere murarie	2 000

b) Giustificazione degli investimenti

Secondo le informazioni fornite dalle autorità italiane, gli investimenti notificati rientrano in un programma globale, coerente con la strategia generale di Lucchini, che può essere riassunto come segue:

- a) miglioramento della capacità di competizione, perseguito attraverso la concentrazione dei volumi di produzione nei siti a più alta efficienza competitiva (Piombino), quindi senza aumento dei volumi totali di prodotto, la qualificazione del mix di prodotto, ottenendone l'aumento di redditività e rendendo i siti produttivi redditizi anche in periodi di congiuntura negativa;
- b) riduzione dell'impatto ambientale dei siti produttivi, tenendo conto in particolare dei vincoli ai quali sono assoggettati insediamenti produttivi «storici», per la compenetrazione o estrema vicinanza con i centri abitati densamente popolati, come appunto il caso dello stabilimento di Piombino.

Gli investimenti a Piombino sono mirati più specificamente alla riduzione dei livelli di inquinamento in rapporto ai valori già raggiunti nella situazione precedente, conformi alle leggi vigenti, considerato il contesto abitativo nel quale è inserita l'acciaieria e, allo stesso tempo, alla riqualificazione e alla riorganizzazione produttiva dello stabilimento, attraverso innovazioni

di processo e di prodotto. Le autorità italiane informano, a questo proposito, che i due elementi del programma — ambientale e di riorganizzazione produttiva — sono diversi come finalità e quindi anche come struttura.

Le misure ambientali rappresentano il 23,6 % dell'investimento nell'alto forno e il 57,9 % nell'acciaieria. D'altro lato, l'investimento nel sistema idrico e fognario modifica per il 40 % il sistema esistente.

Le autorità italiane informano inoltre che i risultati degli interventi ambientali consentiranno la coesistenza della realtà siderurgica e quindi della relativa occupazione con la realtà sociale circostante, fatto particolarmente importante in quanto lo stabilimento di Piombino è inglobato in un centro densamente abitato.

Sempre secondo le autorità italiane, i programmi di investimento non sono stati decisi per motivi di vetustà degli impianti, ma per obsolescenza, in quanto non erano più pienamente rispondenti alle esigenze produttive e, soprattutto, per migliorare il livello di compatibilità ambientale. Secondo la perizia trasmessa alla Commissione, la durata di vita residua degli investimenti a fini ambientali corrisponde alla durata di vita residua degli impianti presso i quali sono realizzati, dato che costituiscono la sostituzione, l'integrazione e la modifica di

una parte dei componenti degli impianti di produzione. Si ritiene che tale dato sia pari ad almeno il 25 % per tutti gli impianti, il che significa che la durata di vita dell'impianto di cokeria sarebbe di almeno 36 anni, quella dell'acciaieria di almeno 36 anni e quella dell'altoforno di 27 anni.

c) *Effetto degli investimenti sull'ambiente*

Le autorità italiane hanno informato la Commissione che gli investimenti realizzati avranno il seguente effetto rispetto alle norme in materia di protezione dell'ambiente:

1. QUADRO EMISSIONI CONVOGLIATE IN COCKERIA E NELLE CENTRALI TERMICHE DI STABILIMENTO

Descrizione	Portata fumi (Nm ³ /h)	Altezza camino (m)	Inquinanti	Norma	Emissioni prima dell'investimento (mg/Nm ³)	Emissioni dopo il primo investimento (mg/Nm ³)	Emissioni dopo l'ultimo investimento
Batteria 30 e 43 forni	121 000	75	Polveri	100	< 100	80	70
			SO ²	800	750	720	700
			NO ²	600	580	500	500
			IPA	0,1	< 0,1	0,05	0,045
Batteria 27 forni (a gas afo + gas coke)	35 000	76	Polveri	100	< 100	80	70
			SO ²	800	750	720	700
			NO ²	600	580	500	500
			IPA	0,1	< 0,1	0,05	0,045
4 centrali termiche	567 000 complessiva	31,5/130	Polveri	50	50	50	45
			SO ² : gas nat. + Gascoke	1 700	1 700	1 700	1 500
			SO ² : gas nat. + Gascoke + gas afo	800	800	800	750
			Gas altoforno NO ²	650	650	650	650

2. QUADRO EMISSIONI ALTOFORNO

Descrizione	Portata fumi (Nm ³ /h)	Altezza camino (m)	Impianto abbatt.	Emissioni in mg/Nm ³		
				Norma	Prima	Dopo
Depurazione fumi campo di colata ghisa	700 000	45	Filtri a maniche	50	50	20
Depurazione fumi primari altoforno	550 000	30	Filtri a maniche	50	50	10

3. QUADRO EMISSIONI ACCIAIERIA

Descrizione	Portata fumi (Nm ³ /h)	Altezza camino (m)	Impianto abbatt.	Emissioni polveri in mg/Nm ³		
				Norma	Prima	Dopo
Fumi primari convertitori (prima)	120 000	50	Wet a umido	50	50	
Fumi primari convertitori (dopo)	67 400	40	Dry a secco	50		20
Depolverazione secondaria (prima)	280 000	21	Bag house	50	30	
Depolverazione secondaria (prima)	290 000	27	Filtri a maniche	50	25	
Nuova depolverazione secondaria (dopo)	1 050 000	40	Filtri a maniche	50		10

4. IMPIANTO IDRICO E FOGNARIO

Il sistema esistente è in accordo con le norme vigenti. Per il raffreddamento indiretto si utilizza acqua di mare che quindi, secondo le norme, è restituita al mare senza modifica del contenuto di solidi sospesi, sostanze chimiche o altro. Per quanto riguarda le temperature di scarico, le norme prescrivono che le acque restituite al mare non superino i 35 °C e che l'incremento di temperatura del medesimo non superi i 3 °C, oltre i 1 000 metri di distanza dal punto d'immissione.

Prima dell'investimento, la portata di acqua di mare impiegata nel raffreddamento indiretto, nello stabilimento, era di circa 2 700 m³/ora. Dopo l'intervento, vi sarà una forte diminuzione (circa il 50 %) di acqua prelevata dal mare e ivi reimpressa, corrispondente alla maggiore portata di circuito chiuso e di acqua depurata, prelevata a valle del depuratore comunale e impiegata nel raffreddamento indiretto. Malgrado il fatto che la temperatura dell'acqua reimpressa resterà immutata, il livello d'inquinamento termico del mare diminuirà proporzionalmente alla differenza di acqua di mare reimpressa.

d) **Risparmio in termine di costi di produzione derivanti dagli investimenti**

Le autorità italiane comunicano che, di tutti gli investimenti notificati, soltanto una piccola parte dell'investimento nell'impianto acciaieria (6 miliardi di ITL) ha un effetto positivo sui costi di produzione dello stabilimento grazie ai risparmi energetici che consente.

Si tratta, più precisamente, dei seguenti investimenti:

	<i>(in milioni di ITL)</i>
1. Adeguamento dell'impianto aspirazione fumi dello stabilimento	3 980
2. Installazione di un nuovo sistema di bruciatori post combustori	1 000
3. Macchine e impianti per collegamento tra colata continua e forno di laminazione per infornare le billette provenienti dalla colata continua	910

b) **Giustificazione degli investimenti**

Le autorità italiane fanno presente che, attualmente, gli impianti esistenti sono in accordo con le norme vigenti e che i nuovi investimenti sono realizzati per consentire un ulteriore miglioramento dei livelli d'inquinamento.

c) **Effetto degli investimenti sull'ambiente**

Le autorità italiane informano che gli effetti ambientali degli investimenti notificati sono i seguenti:

1. **Impianto aspirazione fumi dell'acciaieria**

L'investimento aumenta l'efficienza dell'impianto di aspirazione (coolers e filtri a maniche) attraverso una preseparazione delle particelle grossolane nella batteria di cicloni e migliora l'impatto ambientale. L'inserimento dei cicloni, grazie alla modifica delle tubazioni di adduzioni, ha consentito di bloccare circa il 30 % del totale delle polveri abbattute dell'impianto fumi (circa 12,5-13,0 kg/t).

Il risparmio energetico si ottiene recuperando il calore che l'acqua di raffreddamento asporta dai fumi, circolando nei tubi che costituiscono la cappa, che funziona, quindi, da caldaia a recupero producendo vapore per usi tecnologici in stabilimento. Il risparmio energetico, rispetto alla situazione prima dell'investimento, è costituito dall'energia associata al combustibile (gas naturale), prima necessaria per produrre il vapore in una caldaia tradizionale.

Le autorità italiane quantificano i risparmi realizzati nell'arco di 6,66 anni, periodo che corrisponde al periodo di ammortamento previsto per quell'impianto secondo il decreto ministeriale del 31 dicembre 1998. Quindi, per calcolare il costo dell'investimento ammissibile dell'aiuto, sommano al costo iniziale i costi di ammortamento dell'investimento e detraggono i risparmi realizzati durante tale periodo.

II. *Siderpotenza SpA*

a) **Gli investimenti**

Gli aiuti notificati in favore di Siderpotenza SpA inizialmente riguardavano sei progetti d'investimento che, secondo le autorità italiane, contribuiscono a migliorare notevolmente la protezione dell'ambiente. Tuttavia, nell'ultima lettera contenente informazioni supplementari le autorità italiane hanno ritirato tre progetti. I tre progetti residui, che rappresentano un costo totale di 5,9 miliardi di ITL (3,4 milioni di EUR), riguardano l'impianto di aspirazione fumi dell'acciaieria, l'impianto di post combustione e un nuovo sistema di carica diretta del laminatoio. L'aiuto proposto ammonta a 1,3 miliardi di ITL (0,68 milioni di EUR) pari ad un'intensità di aiuto del 22,33 %.

Lo sporcamento dei tubi dei coolers è stato ulteriormente ridotto grazie all'installazione di un impianto di emissione di «infrasuoni» che evita la coalescenza del materiale contro le pareti dei tubi stessi. È stata inoltre potenziata l'aspirazione di fumi primari con l'aumento della sezione di passaggio del pipe-to-pipe da forno ad impianti di abbattimento e in particolare con l'inserimento di una camera polveri più ampia (rapporto 1:3,8 con la precedente). Complessivamente, il diametro della sezione di passaggio dei fumi primari è stato portato a 2 000 mm rispetto al valore originario di 1 600 mm.

2. **Impianto di post combustione**

L'investimento è mirato ad ottenere la combustione completa del CO e CO₂ all'interno del forno, riducendo la presenza di CO incombusto all'uscita del forno, con conseguente riduzione della temperatura media dei fumi primari. Di conseguenza, il valore di CO rilevato nei fumi è stato sensibilmente ridotto da 35-40 % a 25-30 %.

3. Piano di carica del laminatoio

L'investimento è mirato a:

- ridurre la dispersione di calore complessivo (- 20 %) utilizzando direttamente billette calde provenienti dalla CC, attraverso una via a rulli pivotante raffreddata;
- bruciare meno metano (da 32 m³/t infornata a 26 m³/t infornata) nel forno di riscaldamento del laminatoio;
- ridurre il CO immesso in atmosfera da camino, grazie alla riduzione del CH₄ necessario;
- ridurre in modo sostanziale la quantità di scaglia da smaltire in virtù di una riduzione delle variazioni di temperatura superficiale della billetta.

d) Risparmi in termini di costi di produzione derivanti dagli investimenti

Le autorità italiane sostengono che gli investimenti in Siderpotenza SpA non hanno alcun effetto sui costi di produzione. Esse hanno fatto presente che gli investimenti nel laminatoio non migliorerebbero la produttività delle due unità di produzione, data l'esistenza di strozzature in altri punti della catena di produzione.

Valutazione dell'aiuto

Base giuridica

Il codice degli aiuti alla siderurgia prevede, all'articolo 3, la possibilità che le società siderurgiche beneficino di aiuti destinati ad investimenti ecologici. Le condizioni richieste affinché tali aiuti siano considerati compatibili sono stabilite nell'allegato del codice degli aiuti alla siderurgia e nella disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente⁽⁴⁾ (in appresso denominata «disciplina»).

- a) Secondo la succitata disciplina, gli aiuti manifestamente destinati a misure di tutela ambientale, ma che di fatto costituiscono aiuti di carattere generale, non rientrano nella disciplina stessa. I costi ammissibili devono limitarsi strettamente ai costi d'investimento aggiuntivi necessari per conseguire gli obiettivi di protezione ambientale⁽⁵⁾.

Sempre secondo la disciplina succitata (punto B, primo paragrafo), gli aiuti a favore di investimenti che consentono di raggiungere livelli di protezione dell'ambiente significativamente superiori a quelli previsti dalle norme vigenti possono essere autorizzati a concorrenza di un livello massimo del 30 % lordo dei costi ammissibili.

- b) In base all'allegato al codice degli aiuti alla siderurgia, nel caso di aiuti diretti ad incoraggiare le imprese a migliorare in modo significativo la tutela dell'ambiente, si applicano le seguenti condizioni:

- 1) la Commissione analizzerà il contesto economico ed ambientale di decisione di procedere alla sostituzione d'impianti o attrezzature in servizio. In linea di massima, una decisione di procedere ad un nuovo investimento, che sarebbe comunque stata presa per ragioni economiche o tenuto conto dell'età dell'impianto o delle attrezzature

esistenti, non potrà beneficiare di aiuti. Perché il nuovo investimento possa beneficiare di un aiuto, l'impianto o le attrezzature esistenti sostituiti dovranno avere una durata di vita residua significativa (almeno il 25 %);

- 2) l'investitore dovrà dimostrare di avere chiaramente deciso di scegliere livelli di tutela ambientale superiori implicanti investimenti addizionali, vale a dire che una soluzione a costi inferiori avrebbe permesso di soddisfare le nuove norme ambientali;
- 3) sarà detratto qualsiasi vantaggio in termini di riduzione dei costi di produzione.

I casi di specie

I. Lucchini, Piombino

L'elemento fondamentale ai fini della valutazione dell'aiuto accordato all'impresa in questione è l'immissibilità dell'investimento ad aiuti ambientali. In tale contesto, è determinante la ragione per la quale l'investitore ha deciso di realizzare l'investimento, giacché l'allegato al codice degli aiuti alla siderurgia esclude gli investimenti effettuati per ragioni economiche.

Tutti gli impianti oggetto dei nuovi investimenti erano molto vecchi. Le autorità italiane hanno comunicato che la vita residua dei vari impianti era pari ad almeno il 25 %, come previsto nel codice degli aiuti alla siderurgia affinché si possa considerare che gli investimenti non sono realizzati a causa dell'età degli impianti. Tale punto è controverso. Fatto più importante è tuttavia che, come comunicato dalle autorità italiane, gli impianti erano obsoleti: le autorità italiana dichiarano infatti che essi non erano conformi ai nuovi requisiti sociali, ambientali e di produzione.

La società Lucchini ha deciso di realizzare un programma globale di modernizzazione concentrando parte della sua produzione a Piombino e, tenuto conto dell'elevata densità della popolazione della città, sembra che detti investimenti non avrebbero potuto avere luogo se non fosse stato migliorato il livello di protezione dell'ambiente. Infatti le autorità italiane affermano che «i risultati che si otterranno a seguito della parte ambientale degli investimenti consentiranno la coesistenza della realtà siderurgica, e quindi della relativa occupazione, con la realtà sociale circostante».

Una prima valutazione delle informazioni fornite induce a concludere che gli investimenti sono stati realizzati, innanzitutto, per ragioni economiche e che in ogni caso non avrebbero potuto essere realizzati senza i miglioramenti ambientali, che di conseguenza si sono rivelati indispensabili. Anche laddove non siano direttamente connessi al nuovo impianto di produzione, gli investimenti notificati sarebbero stati necessari per garantire la perennità degli investimenti ai fini della modernizzazione/espansione degli impianti di produzione o per poter rispondere alla nuova capacità produttiva installata.

In realtà, le autorità italiane non hanno dimostrato che gli investimenti sono stati realizzati per motivi ambientali e non per ragioni economiche. Inoltre, dove si è trattato di sostituire impianti/installazioni, secondo le informazioni fornite, l'investitore non ha dimostrato di avere chiaramente deciso di scegliere livelli di tutela ambientale superiori implicanti investimenti addizionali, vale a dire che una soluzione a costi inferiori avrebbe permesso di soddisfare le nuove norme ambientali. Poiché, secondo l'allegato al codice degli aiuti alla siderurgia, gli investimenti effettuati per ragioni economiche non sono ammissibili

⁽⁴⁾ GU C 72 del 10.3.1994, pag. 3.

⁽⁵⁾ Cfr. punto 3.2.1 della disciplina.

bili ad aiuti ambientali, quant'anche siano effettuati unicamente a fini di tutela dell'ambiente, la Commissione dubita che gli investimenti notificati possano beneficiare di aiuti a tale titolo.

A prescindere da questa osservazione generale, che si applica a tutti gli investimenti nel caso di specie e che ne comporterebbe la loro non ammissibilità ad aiuti ambientali, la valutazione dell'aiuto in base alle norme vigenti solleva comunque problemi, più precisamente:

Per quanto concerne l'impianto di cokeria, l'altoforno e l'acciaieria, ci si può chiedere se gli investimenti nel loro complesso non producano effetti sulla produzione. È dubbio, infatti, che, tra l'altro, gli interventi riguardanti il nuovo sistema di trasporto del fossile con nastro ecologico, le caricatrici dei forni, la sigillatura a mezzo saldatura speciale ceramica delle celle dei forni, le nuove porte delle celle coke, una cabina elettrica supplementare e gli adeguamenti al piano di carico batteria da 27 forni della cokeria, per l'impianto cokeria, rappresentino investimenti mirati unicamente alla protezione dell'ambiente e non abbiano alcun effetto sul processo di produzione. D'altronde, anche per quanto concerne gli investimenti relativi all'altoforno, sorgono dubbi in merito alla quota-parte dell'investimento complessivo dello scaricatore CSU, oltre che in merito ai macchinari per INBA e alle ciminiere per captazione polvere, ai nuovi convogliatori e nastri trasporti e al nuovo sistema di raccolta polverino e macinazione fossile. Gli stessi dubbi esistono in relazione agli investimenti nell'acciaieria, più precisamente per quanto riguarda il nuovo impianto ferro-leghe con cappe e nastri chiusi, la nuova postazione di desolfurazione ghisa e la nuova postazione rasatura ghisa. Giacché la disciplina esplicitamente esclude dai costi ammissibili i costi d'investimento non connessi alla tutela dell'ambiente, la Commissione dubita che tutti i costi d'investimento notificati siano ammissibili ad aiuti ambientali.

Anche per quanto riguarda l'impianto cokeria, si può dubitare che i miglioramenti conseguiti in materia di protezione dell'ambiente siano «significativi», soprattutto se si considerano i risultati ottenuti alla fine di ciascuna fase dell'investimento, come risulta dalla notifica delle autorità italiane. Poiché sia la disciplina succitata che l'allegato al codice degli aiuti alla siderurgia autorizzano la concessione di aiuti alle imprese siderurgiche, purché siano diretti ad incoraggiarle a migliorare in modo significativo la tutela dell'ambiente, l'incertezza sul fatto che gli investimenti notificati producano o meno simile effetto, ne pone in dubbio l'ammissibilità ad aiuti.

Quanto all'impianto acciaieria, il calcolo dei costi ammissibili di questo investimento effettuato dalle autorità italiane è controverso. Esse infatti fanno presente che la durata di vita degli impianti di produzione dovrebbe costituire il parametro per determinare quella degli investimenti ambientali ad essi connessi, ossia 36 anni. Tuttavia, per quanto concerne l'impianto specifico che consente risparmi energetici, le autorità italiane prendono in considerazione soltanto un periodo di 6,66 anni che corrisponde al periodo di ammortamento previsto dalla legge che disciplina l'ammortamento degli investimenti. Benché di solito la Commissione accetti che il periodo di ammortamento costituisca un'indicazione valida della durata degli impianti, è difficile accettare un periodo di 6,66 anni, soprattutto quando per questo tipo di impianti il periodo abituale di ammortamento è di dieci anni. Un altro problema che presenta il calcolo dei costi ammissibili è dovuto al fatto che le autorità italiane sommano i costi di ammortamento ai costi iniziali dell'investimento (contando quindi due volte lo stesso costo), prima di detrarre i risparmi energetici. Giacché tutti i vantaggi

derivanti per la società dagli investimenti a fini ambientali devono essere detratti dai costi ammissibili, la Commissione dubita che il metodo utilizzato dalle autorità italiane produca tale risultato.

II. Siderpotenza

Alcuni degli investimenti sembrano essere stati effettuati per motivi economici, ossia a fini di modernizzazione/razionalizzazione della produzione. Le autorità italiane avevano già accettato tale punto per quanto riguarda una parte degli investimenti precedentemente notificati e infatti hanno ritirato tre progetti. Tuttavia, per gli investimenti residui, benché la Commissione in questa fase ammetta che gli investimenti realizzati nell'impianto aspirazione fumi e quelli nell'impianto di post combustione siano stati effettuati a fini ambientali e non abbiano alcun effetto sulla produzione, altrettanto non si può dire per gli investimenti concernenti il laminatoio. In realtà questi investimenti riguardano direttamente un processo di produzione e sembra che siano stati effettuati non per motivi ambientali, bensì per ottimizzare il processo di produzione. Gli effetti in termini ambientali risultano essere una conseguenza indiretta dei miglioramenti della produzione e anche in tale caso sembrano riguardare principalmente le condizioni di sicurezza e sanità dei lavoratori e non l'ambiente in quanto tale. Pertanto, la Commissione dubita dell'ammissibilità dell'investimento, dato che sarebbe stato effettuato per motivi economici e, in ogni caso, dubita dell'ammissibilità di tutti i costi, giacché sono da escludere i costi non connessi alla protezione dell'ambiente.

Inoltre, in generale, il livello dell'aiuto (22,33 %) proposto per tutti i progetti non sembra proporzionale al miglioramento da conseguire in termini di protezione dell'ambiente e dell'investimento necessario per conseguirlo, come richiesto dalla disciplina. Infatti, benché l'aiuto proposto sia molto vicino al massimale di aiuto autorizzato (30 %), le autorità italiane non hanno del tutto giustificato il livello di aiuto proposto. La riduzione dell'inquinamento conseguita sia nell'impianto di aspirazione fumi (che ha principalmente consentito di bloccare circa il 30 % del totale delle polveri abbattute) che nell'impianto di post combustione (una riduzione di circa il 10 % di CO nei fumi), benché rilevante, non sembra giustificare il livello dell'aiuto proposto, considerato in particolare che, per potere essere direttamente ammissibili, gli investimenti in questione dovrebbero consentire livelli notevolmente più elevati di tutela dell'ambiente. È quindi necessario un complemento di informazioni sul livello effettivo di miglioramento ambientale da conseguire. Inoltre, tenuto conto dei costi relativamente bassi degli investimenti (soltanto 2,27 milioni di EUR per i due primi progetti), è dubbia la necessità dell'aiuto, nell'ammontare proposto.

Conclusioni

Alla luce delle considerazioni di cui sopra la Commissione invita l'Italia a farle pervenire eventuali osservazioni e a fornirle ogni informazione utile ai fini della valutazione dell'aiuto nel termine di un mese a decorrere dalla data di ricevimento della presente. Essa invita le autorità italiane a trasmettere senza indugio copia della presente lettera ai potenziali beneficiari dell'aiuto. La Commissione fa presente all'Italia l'effetto sospensivo dell'articolo 6, paragrafo 5, del Codice degli aiuti alla siderurgia e ricorda che ogni aiuto illegittimo può formare oggetto di recupero presso il beneficiario.

STAATLICHE BEIHILFEN

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zur Maßnahme Nr. C 15/2000 (ex N 638/99) — Änderung einer Beihilferegelung in Form verminderter Sozialversicherungsbeiträge

(2000/C 184/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 4. April 2000, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Schweden ihren Beschluß mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zu eröffnen.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Wettbewerb
 Direktion Staatliche Beihilfen I
 Rue de la Loi/Wetstraat 200
 B-1049 Brüssel
 Telefax (32-2) 296 98 15

Alle Stellungnahmen werden Schweden übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, daß seine Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

I. DAS VERFAHREN

- (1) Schweden teilte der Kommission mit Schreiben vom 22. Oktober 1999 aufgrund von Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag eine Änderung der Beihilferegelung in Form verminderter Sozialversicherungsbeiträge mit. Diese Beihilferegelung („Nedsatta socialavgifter“), die bis 31. Dezember 1999 gültig war, soll geändert und ausgedehnt werden. Die Kommission hatte 1997 in bezug auf diese Regelung unter der Nummer E8/96 (Schreiben der Kommission Nr. SG(97) D/6781 vom 7. August 1997) zweckdienliche Maßnahmen angenommen.
- (2) Mit Schreiben Nr. D/64905 vom 25. November 1999 ersuchte die Kommission um zusätzliche Angaben über die betreffende Beihilfemaßnahme. Die schwedischen Behörden beantworteten dieses Auskunftsersuchen mit Schreiben vom 21. Dezember 1999, das am 22. Dezember 1999 bei der Kommission einging.

II. BESCHREIBUNG DER MASSNAHME

- (3) Im Rahmen der geplanten Regelung sollen für Arbeitnehmer in Unternehmen, die ihren Sitz in einem Fördergebiet haben und in einer Reihe von Dienstleistungssektoren tätig sind, die Sozialversicherungsbeiträge um 8 % herabgesetzt werden.
- (4) Die Fördergebiete, die in den Genuß der Regelung kommen sollen, gehören zu den von den schwedischen Behörden aufgrund ihrer geringen Bevölkerungsdichte vorgeschlagenen Fördergebieten nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag.
- (5) Für die Regelung, die bis 31. Dezember 2000 gültig ist, sind 36,6 Mio. EUR vorgesehen.

III. WÜRDIGUNG

- (6) Die schwedischen Behörden sind aufgrund der Anmeldung des Beihilfevorhabens ihrer Verpflichtung aus Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag nachgekommen.
- (7) Die Beihilferegelung ist für Unternehmen in bestimmten nordschwedischen Gebieten bestimmt und soll die Nachteile dieser Unternehmen ausgleichen. Aus diesem Grund wird sie gemäß Artikel 87 Absatz 3 EG-Vertrag und insbesondere vor dem Hintergrund der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung (ABl. C 74 vom 10.3.1998, S. 9, nachstehend die Leitlinien) geprüft.
- (8) Die aufgrund der Regelung gewährten Beihilfen stellen Betriebsbeihilfen dar. Kein Gebiet in Schweden fällt unter die Ausnahmeregelung des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe a). Demnach können Betriebsbeihilfen nur gewährt werden, um Beförderungsmehrkosten auszugleichen. Die Bedingungen, unter denen derartige Beihilfen genehmigt werden können, stehen in der Ziffer 4.16 und im Anhang II der Leitlinien. Die Kommission hat untersucht, inwieweit die geplante Beihilferegelung diese Bedingungen erfüllt. Die Prüfung hat zu folgenden Ergebnissen geführt.
- (9) Sämtliche Fördergebiete im Rahmen der Beihilferegelung stehen auf der von Schweden am 22. Oktober 1999 notifizierten Fördergebietskarte für 2000—2006. Schweden hat sich verpflichtet, die Regelung nicht durchzuführen, bevor die Kommission seine Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c)-Fördergebietskarte für 2000—2006 offiziell genehmigt hat. Desgleichen hat es sich verpflichtet, gegebenenfalls den räumlichen Anwendungsbereich der Regelung in Übereinstimmung mit der von der Kommission genehmigten Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c)-Fördergebietskarte für 2000—2006 zu ändern.

Die Kommission hat festgestellt, daß die Fördergebiete im Rahmen der Beihilferegelung dem im fünften Gedankenstrich des Anhangs II der Leitlinien festgelegten Kriterium der geringen Bevölkerungsdichte entsprechen und folglich als Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte einzustufen sind.

- (10) Die Regelung betrifft vor allem Dienstleistungssektoren. Schweden hat bestätigt, daß keine Beihilfen an Unternehmen in sensiblen Sektoren oder an Unternehmen in Sektoren gewährt werden, für die es keinen Alternativstandort gibt.
- (11) Die schwedischen Behörden begründen die aufgrund der Regelung gewährten Beihilfen damit, daß sie die entfernungsbedingten Mehrkosten der förderfähigen Unternehmen ausgleichen sollen. Bei diesen entfernungsbedingten Mehrkosten handelt es sich um die zusätzlichen Aufwendungen, die Unternehmen in Fördergebieten aufgrund einer Reihe von Kosten haben, deren Höhe durch die Entfernung beeinflußt wird. Hierzu gehören die Aufwendungen für Dienstreisen, für Telekommunikation und Datenübermittlung, Dienstleistungen für Unternehmen, Marketing, Management und Personalausbildung. Nach einer von den schwedischen Behörden in Auftrag gegebenen Untersuchung belaufen sich diese Ausgaben für Unternehmen in Fördergebieten jährlich auf durchschnittlich 115 177 SEK je Arbeitnehmer im Vergleich zu nur 63 145 SEK für Unternehmen im Gebiet von Stockholm. Nach Angaben der schwedischen Behörden belaufen sich die entfernungsbedingten Mehrkosten für Unternehmen in Fördergebieten demnach auf jährlich 52 032 SEK je Arbeitnehmer. Dies ist weit mehr als die Herabsetzung der Sozialversicherungsbeiträge um 8 %, die im Jahresdurchschnitt rund 16 000 SEK je Arbeitnehmer ausmacht.

Der zweite Gedankenstrich des Anhangs II der Leitlinien sieht ausdrücklich vor, daß Beförderungsbeförderungen „nur für die Beförderungsmehrkosten gewährt werden dürfen“. Die Kommission stellt sich die Frage, ob sich der Begriff der entfernungsbedingten Mehrkosten mit dem Begriff der Mehrkosten für die Güterbeförderung deckt und ob diese von den schwedischen Behörden inhaltlich und mengenmäßig definierten entfernungsbedingten Mehrkosten die Gewährung von Beihilfen als Ausgleich für Beförderungsmehrkosten in den aufgrund der geplanten Regelung förderfähigen Gebieten rechtfertigt.

Sie will in diesem Zusammenhang untersuchen, ob rauhe klimatische Bedingungen und andere besondere Umstände ein zusätzlicher Grund für die Gewährung von Beihilfen sein könnten.

Die Beihilfe soll im Rahmen der geplanten Regelung auf der Grundlage der von den förderfähigen Unternehmen zahlbaren Sozialversicherungsbeiträge berechnet werden. Der Beihilfebetrug, den jedes Unternehmen erhält, hängt als solcher ausschließlich von der Zahl der Beschäftigten

im förderfähigen Betrieb und von den Lohnkosten je Beschäftigten ab. Selbst wenn also entfernungsbedingte Mehrkosten als ausreichender Grund für die Gewährung von Beförderungsbeförderungen akzeptiert würden, ist immer noch nicht klar, wie die aufgrund der geplanten Regelung an den einzelnen Empfänger gewährte Beihilfe zu den entfernungsbedingten Mehrkosten, die jedem einzelnen Empfänger tatsächlich entstehen, in Beziehung gesetzt werden könnte. Daher besteht die Gefahr der Überkompensation zugunsten des Beihilfeempfängers. Deswegen stellt sich die Kommission die Frage, ob die Art und Weise, wie der Beihilfebetrug in jedem Einzelfall berechnet wird, mit den Vorschriften des zweiten und des dritten Gedankenstrichs des Anhangs II der Leitlinien vereinbar ist.

IV. SCHLUSS

- (12) Aus diesen Gründen fordert die Kommission Schweden im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag auf, innerhalb eines Monats nach Eingang dieses Schreibens seine Stellungnahme abzugeben und alle für die Beurteilung der Beihilfe sachdienlichen Informationen zu übermitteln.

DAS SCHREIBEN

„Kommissionen vill härmed underrätta Sverige om att den, efter att ha granskat de upplysningar som de svenska myndigheterna lämnat, har beslutat att inleda förfarandet angivet i artikel 82.2 i EG-fördraget.

I. FÖRFARANDE

- 1) Genom en skrivelse av den 22 oktober 1999, som registrerades vid kommissionen den 25 oktober 1999, anmälde Sverige enligt artikel 88.3 i fördraget förändrade villkor för nedsättning av socialavgifter, som innebär en ändring och förlängning av stödprogrammet Nedsättning av socialavgifter som upphörde att gälla den 31 december 1999. 1997 antog kommissionen de åtgärder som krävdes beträffande detta program under nummer E 8/96 (kommissionens skrivelse SG(97) D/6781 av den 7 augusti 1997).
- 2) Genom skrivelse D/64905 av den 25 november 1999 begärde kommissionen ytterligare upplysningar om denna stödåtgärd. De svenska myndigheterna lämnade de begärda upplysningarna i en skrivelse av den 21 december 1999, som registrerades vid kommissionen den 22 december 1999.

II. SAKFÖRHÅLLANDE

3) Stödberättigade regioner:

De områden som är berättigade till stöd enligt det föreslagna programmet anges i andra spalten i följande tabell:

Tabell 1: Stödberättigade områden enligt det föreslagna stödprogrammet

NUTS nivå III	Stödberättigade kommuner eller kommundelar	Folkmängd 31.12.1998	Invånare per km ²
Dalarna	Vansbro	7 476	4,8
	Malung	10 972	2,7
	Orsa	7 150	4,1
	Älvdalen	7 932	1,1
	Del av Mora (endast Våmhus och Venjan)	2 100	2
Västernorrland	Ånge	11 497	3,8
	Del av Sundsvall (endast Holm och Liden)	1 500	1,7
	Sollefteå	22 854	4,2
	Del av Örnsköldsvik (endast Anundsjö, Skorped, Björna och Trehörningsjö)	8 000	1,9
Jämtland	Strömsund	14 575	1,4
	Åre	9 838	1,3
	Härjedalen	11 723	1
	Ragunda	6 540	2,6
	Bräcke	7 864	2,3
	Krokom (utom Aspås, Ås och Rödön)	14 279	2,3
	Berg	8 274	1,4
	Östersund (utom församlingarna Östersund, Frösö, Sunne, Lockne, Marieby, Brunflo, Kyrkås och Lit)	58 673	26,4
	Västerbotten	Storuman	7 177
Sorsele		3 281	0,4
Dorotea		3 441	1,2
Vilhelmina		8 125	1
Åsele		3 789	0,9
Bjurholm		2 786	2,1
Vindeln		6 245	2,4
Malå		3 821	2,4
Lycksele		13 386	2,4
Norsjö		4 850	2,8
Del av Skellefteå (endast Jörn, Fällfors och Kalvträsk)		3 500	1,3
Norrbotten		Arvidsjaur	7 401
	Arjeplog	3 517	0,3
	Jokkmokk	6 305	0,3
	Överkalix	4 366	1,6
	Kalix	18 408	10,2
	Övertorneå	5 868	2,5
	Pajala	7 779	1
	Gällivare	20 987	1,3
	Älvsbyn	9 101	5,3
	Del av Piteå (f.d. Markbygdens kbf)	650	0,7
	Del av Boden (endast Edefors och Gunnarsbyn)	2 800	0,9
	Haparanda	10 580	11,5
	Kiruna	25 148	1,3
	Värmland	Torsby	14 142
Gävleborg	Ljusdal	20 167	3,8

4) Stödberättigade branscher/verksamheter

Stödprogrammet är tillämpligt på företag inom följande branscher eller med verksamhet inom följande områden:

- Uppdrags-, uthyrnings- och reparationsverksamhet.
- Hotell-, pensionats- och campingverksamhet.
- Restaurang- och kaféverksamhet som bedrivs i kombination med hotell-, pensionats- och campingverksamhet.
- Renhållnings-, städnings- och tvätteriverksamhet.
- Rekreationsservice och kulturell serviceverksamhet med undantag av biblioteksverksamhet.
- Verksamhet som bedrivs av ideella, kulturella och religiösa organisationer samt intresseorganisationer.
- Enheter som bedriver administrativ verksamhet avseende företagsledning, ekonomi- och löneadministration, bokföring, administrativ databehandling, registreringsverksamhet, telefonförsäljning samt ordermottagning.

Programmet är inte tillämpligt på verksamheter aktiva inom administrativa funktioner som tillhör företag som är verksamma med produktion, bearbetning och marknadsföring av sådana jordbruksprodukter som anges i bilaga I till EG-fördraget och inte heller till företag inom följande känsliga sektorer: fiskeriverksamhet, kol, stål, transport, skeppsbyggnad, syntetfiber och motorfordon.

5) Stödform och -belopp

Enligt åtgärden skall de föreskrivna socialavgifterna sättas ned med åtta procentenheter för anställda på företag som är belägna i de stödberättigade regionerna och som är verksamma inom en stödberättigad bransch eller på ett stödberättigat område.

6) Kumulering

Nedsättning av socialavgifter får inte lämnas om sökanden för samma period beviljats transportbidrag enligt den ändrade ordningen för regionalt transportbidrag (N 146/99).

7) Varaktighet

Åtgärden skall upphöra att gälla efter den 31 december 2000.

8) Budget:

För år 2000 har SEK 313 734 000 (cirka 36 634 000 euro) budgeterats.

III. BEDÖMNING

- 9) De svenska myndigheterna har följt det förfarande som föreskrivs i artikel 88.3 i EG-fördraget genom att anmäla den föreslagna åtgärden innan den sätts i kraft.
- 10) Enligt åtgärden används statliga medel för att ge en ekonomisk fördel (nedsatta socialavgifter) till vissa, specifika företag (företag som är belägna inom de stödberättigade områdena och som tillhör särskilt angivna branscher eller bedriver verksamhet på särskilt angivna områden). Många av dessa företag bedriver näringsverksamhet inom vilken det förekommer handel mellan medlemsstaterna. Med hänsyn till detta finner kommissionen att den föreslagna ordningen ger upphov till statligt stöd enligt artikel 87.1.
- 11) Det stöd som ges enligt åtgärden riktar sig till företag som är belägna i särskilt angivna regioner i norra Sverige och syftar till att dessa skall övervinna de handikapp de ställs inför på grund av den låga befolkningstätheten i dessa regioner och det hårda klimatet. Anmälan granskas därför utifrån artikel 87.3 i EG-fördraget och med särskilt beaktande av Riktlinjer för statligt stöd för regionala ändamål (EGT C 74, 10.3.1998, s. 9) – nedan kallade riktlinjerna.
- 12) Stöd som beviljas enligt ordningen utgör driftsstöd av följande skäl:
 - Det minskar mottagarnas normala löpande utgifter (deras socialavgifter).
 - Det finns inte heller något krav på att stödet skall vara kopplat till en nyinvestering.
- 13) Kommissionen motsätter sig normalt driftsstöd. Sådant stöd är av permanent natur och kommissionens uppfattning är att stimulans effekterna av sådant stöd är mindre påtagliga. Det finns därför risk för att driftsstöd permanent snedvrider konkurrensen utan att på ett effektivt sätt bidra till uppnåendet av det gemensamma intresset, vilket är vad som kan motivera statligt stöd.

Driftsstöd godtas därför endast i undantagsfall. Enligt punkterna 4.15 och 4.16 i riktlinjerna får driftsstöd endast beviljas i följande två fall:

 - Normalt driftsstöd får endast beviljas i sådana regioner som avses i artikel 87.3 under förutsättning att stödet är motiverat och står i förhållande till de handikapp som det är avsett att kompensera för.

- I de yttersta områdena och i regioner med låg befolkningstäthet som omfattas av undantag enligt artikel 87.3 a eller 87.3 c får stöd som är avsedda att kompensera för merkostnader för transport tillåtas på de särskilda villkor som anges i bilaga II till riktlinjerna.
- 14) Det finns inte några regioner i Sverige som är berättigade till undantag enligt artikel 87.3 a och inte heller några som motsvarar definitionen av "yttersta områden" i Förklaring 26 om regionerna i gemenskapens yttersta områden som bifogas Fördraget om Europeiska unionen.
- 15) Åtgärden nedsättning av socialavgifter är riktad till de regioner med låg befolkningstäthet i Sverige som är berättigade till undantag enligt artikel 87.3 c. Kommissionen har därför undersökt om den föreslagna stödordningen överensstämmer med bestämmelserna och villkoren i punkt 4.16 och bilaga II i riktlinjerna. Undersökningen har gett följande resultat:
- 16) *Geografisk täckning*

Enligt punkt 4.16 i riktlinjerna får transportstöd endast ges till företag som är belägna i de yttersta områden eller regioner med låg befolkningstäthet som är berättigade till regionalstöd enligt artikel 87.3 a eller 87.3 c.

De områden som är stödberättigade enligt den föreslagna åtgärden är regioner med låg befolkningstäthet som är berättigade till regionalstöd enligt artikel 87.3 c.

- De områden som anges i tabell 1 ovan ingår alla i den förteckning över artikel 87.3 c-regioner under perioden 2000–2006 som anmälts av Sverige (skrivelse från Sveriges ständiga representation, avsänd den 22 oktober 1999 och registrerad av generalsekretariatet den 25 oktober 1999 med referensnummer SG(99) A/13848/2).

De svenska myndigheterna har åtagit sig att inte genomföra åtgärden förrän kommissionen genom ett formellt beslut har godkänt förteckningen över regioner som är berättigade till regionalstöd enligt artikel 87.3 c under perioden 2000–2006. De har också åtagit sig att, om så skulle krävas, ändra åtgärdens geografiska täckning så att den överensstämmer med den förteckning över artikel 87.3 c-regioner som slutgiltigt godkänns av kommissionen.

- Kriterium för låg befolkningstäthet

Fem svenska regioner som tillhör NUTS nivå III har en befolkningstäthet under 12,5 invånare per kvadratkilometer och kan därför betraktas som områden med låg befolkningstäthet. Dessa regioner är Norrbotten, Jämtland, Västerbotten, Västernorrland och Dalarna (se tabell 2 nedan). Den sammanlagda befolkningen i dessa fem NUTS nivå III-regioner är 1 184 824 invånare.

Tabell 2: NUTS nivå III-regioner i Sverige med en befolkningstäthet under 12,5 invånare per kvadratkilometer

	Befolkning 31.12.1998	Invånare per km ²
Norrbotten	260 473	2,6
Jämtland	131 766	2,7
Västerbotten	257 803	4,7
Västernorrland	251 884	11,6
Dalarna	282 898	10,0
Summa	1 184 824	–

De flesta områden som är berättigade till stöd enligt den föreslagna ordningen tillhör någon av ovanstående NUTS nivå III-regioner. Två av de föreslagna kommunerna (Ljusdal och Torsby) tillhör dock inte någon av de fem NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet (de tillhör Värmland resp. Gävleborg). Det kan ändå godtas att dessa båda kommuner tas med i förteckningen över områden som är berättigade till regionalstöd på grundval av kriteriet om låg befolkningstäthet, eftersom åtgärden överensstäm-

mer med femte strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna. Enligt femte strecksatsen är en viss flexibilitet tillåten inom vissa gränser när det gäller valet av sådana områden. Dessa gränser iaktas i fallen Torsby och Ljusdal.

- Flexibiliteten i valet av områden ökar inte den befolkningsandel som omfattas av transportstöd.

För att kontrollera detta måste man jämföra den sammanlagda befolkningen i de fem NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet med den sammanlagda befolkningen i alla områden som omfattas av en åtgärd för transportstöd i Sverige. Vid sidan av åtgärden om nedsättning av socialavgifterna administrerar Sverige även den andra åtgärden för transportbidrag (N 146/99).

Den ändrade förordningen om regionalt transportbidrag (N 146/99) omfattar hela territoriet i fyra av de tidigare nämnda NUTS nivå III-regionerna (Norrbot-

ten, Jämtland, Västerbotten och Västernorrland) med en sammanlagd befolkning av 901 926 invånare. Ordningen med nedsättning av socialavgifter omfattar delar av samma NUTS nivå III-regioner och tre ytterligare områden: delar av Dalarnas län (den femte NUTS nivå III-regionen som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet), Ljusdal (Gävleborg) och Torsby (Värmland). Den sammanlagda befolkningen i dessa tre ytterligare områden är 70 481 personer. Därigenom uppgår det sammanlagda invånarantalet i de områden som omfattas av åtgärderna för transportstöd i Sverige till 971 865. Detta ligger fortfarande klart under det sammanlagda invånarantalet i de fem NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet.

Tabell 3: Befolkning i transportstödsberättigade områden i Sverige

	Befolkning i NUTS III-regioner med under 12,5 inv/km ²	Befolkning i områden som omfattas av transportstöd		
		Förordningen om transportstöd (N 146/99)	Nedsättning av socialavgifterna (N 638/99)	Befolkning som omfattas av en av ordningarna eller båda
Norrbotten	260 473	260 473	122 910	260 473
Jämtland	131 766	131 766	131 766	131 766
Västerbotten	257 803	257 803	60 401	257 803
Västernorrland	251 884	251 884	43 851	251 884
Dalarna	282 898	0	35 630	35 630
Torsby + Ljusdal	0	0	34 851	34 309
Summa	1 184 824			971 865

— Invånarantalet i Torsby och Ljusdal är relativt litet i förhållande till det sammanlagda invånarantalet i de områden som är berättigade till transportstöd (34 309 invånare eller 3,5 % av den sammanlagda folkmängden i de områden som är berättigade till transportstöd).

— Torsby och Ljusdal gränsar till NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet.

— Ljusdal och Torsby har en befolkningstäthet på 3,8 resp. 3,4 invånare per kvadratkilometer. Detta är klart under de 12,5 invånare per kvadratkilometer som är kriteriet för låg befolkningstäthet.

Hänsyn skall dessutom tas till följande överväganden:

— Torsby och Ljusdal ingick i förteckningen över mål 6-regioner ("regioner som är ytterst glesbefolkade") enligt definitionen i Protokoll 6 till anslutningsfördraget.

— Båda kommunerna ingår i det svenska mål 1-området för perioden 2000–2006 (Kommissionens beslut av den 1 juli 1999 om upprättande av en förteckning över regioner som omfattas av strukturfondernas mål 1 för perioden 2000 till och med 2006 (EGT L 194, 27.7.1999, s. 53)).

Med hänsyn till ovanstående finner kommissionen att det geografiska område som är berättigat till stöd enligt den föreslagna ordningen uppfyller villkoren i punkt 4.6 och bilaga II i riktlinjerna.

17) Branschomfattning

Ordningen omfattar i huvudsak verksamheter inom tjänstesektorn och även administrativa enheter på tillverkande företag (t.ex. försäljningsavdelningen på ett stort tillverkningsföretag).

De svenska myndigheterna har bekräftat att åtgärden inte skall tillämpas på något företag som ägnar sig åt produktion, bearbetning eller marknadsföring av jordbruksprodukter som tas upp i bilaga I till fördraget och inte heller på något företag inom följande sektorer: fiskeriverksamhet, kol, stål, transport, skeppsbyggnad, syntetfiber och motorfordon.

Åtgärden uppfyller slutligen kravet i tionde strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna, dvs. den omfattar inte några sektorer där en alternativ lokalisering inte kan komma in fråga (utvinningsprodukter, vattenkraftverk osv.)

18) Motiv för stödet

Enligt artikel II i riktlinjerna får transportstöd endast användas för att kompensera merkostnader för transport av varor inom det berörda landets gränser. Enligt punkt 4.16 i riktlinjerna ankommer det på medlemsstaten att visa att dessa merkostnader förekommer och att bestämma deras omfattning.

— I sin anmälan motiverar Sverige det stöd som skall ges enligt åtgärden med det faktum att företag som är belägna i den stödberättigade regionen har "indirekta avståndsberoende merkostnader" för transport som beror på det geografiska läget, den mycket låga befolk-

ningstätheten och det hårda klimatet i den berörda regionen.

— 1998 beställde Sverige en undersökning av Statens institut för regionalforskning (SIR). Undersökningen skulle fastställa de "avståndsberoende merkostnaderna" för företag i de områden som är stödberättigade enligt den föreslagna åtgärden. I undersökningen definierades "avståndsberoende merkostnader" som de merkostnader företagen i den stödberättigade regionen ådrog sig inom en rad kostnadsslag som antogs vara avståndskänsliga, bl.a. följande: Kostnader i samband med personalens resor samt kostnader för tele- och datakommunikation, företagstjänster, marknadsföring, företagsledning och personalutbildning. För att kvantifiera de avståndsberoende merkostnaderna jämförde man i undersökningen utgifterna inom de relevanta kostnadsslagen hos ett urval tjänsteföretag i den stödberättigade regionen med motsvarande utgifter hos ett urval liknande företag i Stockholmsområdet. Undersökningens resultat blev att de genomsnittliga årliga kostnaderna för dessa poster var 115 177 kronor per person för företag i den stödberättigade regionen men bara 63 145 per anställd i företag i Stockholmsområdet (närmare uppgifter ges i Tabell 4). På grundval av dessa resultat drog de svenska myndigheterna slutsatsen att de avståndsberoende merkostnaderna för företag i det stödberättigade området uppgick till 52 032 kronor per anställd och år. SIR ansåg att en mycket stor del av de avståndsberoende merkostnaderna kunde tillskrivas merkostnader för resor (t.ex. större kostnader för företagstjänster i det stödberättigade området, till stor del beroende på de relativt höga resekostnaderna för de konsulter som levererade dessa tjänster).

Tabell 4: Avståndsberoende merkostnader per anställd och år

Kostnadsslag	Stödområde (SEK)	Stockholmsområdet (SEK)	"Merkostnader" (SEK)
Resor			
— Resekostnader	12 992	6 227	6 765
— Ej kostnadseffektiv restid	7 411	1 414	5 997
— Traktamenten etc.	6 585	1 101	5 484
Data- och telekommunikationer	11 860	15 482	- 3 622
Företagstjänster	36 115	12 570	23 545
Marknadsföring	31 979	18 953	13 026
Styrelsekostnader	1 383	135	1 248
Utbildning	6 852	7 263	- 411
Summa	115 177	63 145	52 032

Källa: SIR:s undersökning (citerad av de svenska myndigheterna)

- Sverige beräknar det genomsnittliga värdet av nedsättningen av socialavgifterna till cirka 16 000 kronor per anställd och år. Detta är betydligt mindre än de genomsnittliga avståndsberoende merkostnaderna per anställd och år för företagen i det stödberättigade området.
- På grundval av ovanstående drar Sverige slutsatsen att det stöd som skall beviljas enligt åtgärden bara delvis ger kompensation för de stödberättigade företagens avståndsberoende merkostnader.
- Vad gäller kumulering med transportstöd och andra åtgärder är det viktigt att lägga märke till att de svenska myndigheterna har bekräftat att företag som har mottagit direkt transportbidrag enligt den ändrade förordningen om regionalt transportbidrag (N 146/99) inte är berättigade till stöd enligt ordningen med nedsättning av socialavgifterna under samma period.

I den andra strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna fastslås klart att transportstöd får endast gälla merkostnader för transport av varor inom det berörda landets gränser. Kommissionen hyser tvivel om huruvida begreppet "avståndsberoende merkostnader", så som det definieras i SIRs undersökning, överensstämmer med begreppet merkostnader för transport av varor. Kommissionen betvivlar därför att de avståndsberoende merkostnader som Sverige angivit och kvantifierat kan användas som motiv för beviljande av stöd för att uppväga merkostnader för transport i regioner som är berättigade till undantag enligt artikel 87.3 c EG på grundval av kriteriet om befolknings-täthet.

Kommissionen är dock inte motvillig till att undersöka huruvida kärva klimatförutsättningar och andra specifika omständigheter kan ge ytterligare rättfärdigande för det stöd som ges under åtgärden.

19) Beräkning av omfattningen av stödet till företagen

Enligt den föreslagna åtgärden ges företagen en nedsättning med åtta procentenheter av de socialavgifter som skall betalas för varje anställd inom de enheter som bedriver stödberättigade verksamheter i de stödberättigade regionerna.

Enligt tredje strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna måste transportstöd vara objektivt kvantifierbara på förhand på grundval av ett nyckeltal "stöd per tillryggalagd kilometer" och "stöd per viktenhet". I första strecksatsen anges vidare: "Stöden får endast användas för att kompensera merkostnader för transport" och att "överkompensation får inte äga rum under några omständigheter". Detta innebär att det skall vara möjligt att fastställa ett klart samband mellan det stöd som beviljas varje enskild mottagare och de merkostnader för transport som var och en faktiskt har ådragit sig.

Stöd enligt åtgärden nedsättning av socialavgifter beräknas på grundval av de socialavgifter som skall betalas av de stödberättigade företagen. Därigenom är stödbeloppet för varje företag endast beroende av antalet anställda på de stödberättigade etableringsställena och på lönekostnaderna för dessa anställda. Det är därför fortfarande inte klart – även om avståndsberoende merkostnader skulle godtas som ett giltigt motiv för beviljande av transportstöd – vad det kan finnas för samband mellan det stöd som skall ges till varje enskild mottagare enligt den föreslagna ordningen och de avståndsberoende merkostnader som faktiskt uppkommer för var och en av mottagarna. På grund av detta finns det risk för överkompensation när det gäller enskilda stödmottagare. Med hänsyn till ovanstående betvivlar kommissionen att metoden för att beräkna stödbeloppet i varje enskilt fall överensstämmer med andra och tredje strecksatserna i bilaga II till riktlinjerna.

IV. SLUTSATS

- 20) Med hänsyn till ovanstående överväganden ger kommissionen inom ramen för förfarandet i artikel 88.2 i EG-fördraget Sverige tillfälle att inom en månad från mottagandet av denna skrivelse yttra sig och tillhandahålla alla upplysningar som kan bidra till undersökningen av åtgärden. Kommissionen uppmanar de svenska myndigheterna att omedelbart översända en kopia av denna skrivelse till de potentiella stödmottagarna.
- 21) Kommissionen påminner Sverige om att artikel 88.3 i EG-fördraget har en uppskjutande verkan och hänvisar till artikel 14 i rådets förordning (EG) nr 659/1999, som föreskriver att allt olagligt stöd kan återkrävas från mottagarna.

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

(2000/C 184/04)

Datum der Annahme des Beschlusses: 16.5.2000

Mitgliedstaat: Deutschland (Niedersachsen)

Beihilfe Nr.: N 80/99

Titel: Förderung von Projekten zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum

Zielsetzung: Förderung von Projekten im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung, mit denen folgendes erreicht werden soll:

- die Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen durch eine Diversifizierung des Angebots,
- die Einführung innovativer Vermarktungskonzepte,
- die Entlastung von Überschußmärkten durch die Entwicklung neuer Produkte und die Umstellung der Produktion,
- die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch die vertikale Zusammenarbeit von Organisationen und Unternehmen,
- die Erhaltung bzw. Steigerung der regionalen Wertschöpfung und die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum

Rechtsgrundlage: Richtlinie über die Förderung von Projekten zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum

Haushaltsmittel: Im Jahr 2000: 1 095 000 DEM

Beihilfeintensität oder -höhe:

— Investitionsausgaben:

Bis zu 25 % der zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von maximal 500 000 DEM (255 646 EUR) während eines Zeitraums von zehn Jahren

— Projektentwicklung:

— im ersten Jahr bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Kosten,

— im zweiten Jahr bis zu 30 %,

— im dritten Jahr bis zu 20 %;

die zuwendungsfähigen Kosten sind auf 300 000 DEM (153 388 EUR) für einen Zeitraum von zehn Jahren beschränkt.

Bei einer Kombination der beiden Maßnahmenteile sind bis zu 40 % der Kosten zuwendungsfähig

Laufzeit: 1.1.2000 bis 31.12.2005

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 16.5.2000

Mitgliedstaat: Deutschland (Mecklenburg-Vorpommern)

Beihilfe Nr.: N 692/99

Titel: Rettungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen im Agrarsektor

Rechtsgrundlage: Richtlinie für die Gewährung von öffentlichen Darlehen aus dem Landwirtschaftssondervermögen zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen und gewerblicher Tierhaltungsunternehmen

Haushaltsmittel:

— 2000: 10 Mio. DEM

— 2001: 10 Mio. DEM

— 2002: 5 Mio. DEM

(die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Mitgliedstaats)

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens 191 000 DEM

Laufzeit: Bis 31.12.2002

Andere Angaben: Deutschland wird der Kommission jährlich einen Bericht über die Durchführung der Maßnahme vorlegen

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 16.5.2000

Mitgliedstaat: Frankreich

Beihilfe Nr.: N 92/2000

Titel: Beihilfe aufgrund von Sturmschäden — staatlicher Plan „Windbruch“

Zielsetzung: Bereinigung der Sturmschäden von Ende Dezember 1999 im Forstsektor

Haushaltsmittel:

- Beihilfe zur Wiedereröffnung der Forststraßen und -wege: 100 Mio. FRF (15 244 901 EUR)
- Beihilfe zur Schaffung von Forstwegen und Feuchtholzlagern und zum Ausbau der Lagerflächen: 150 Mio. FRF (22 867 352 EUR)
- Beihilfe zur Anschaffung von Betriebsmitteln in der Forstwirtschaft: 50 Mio. FRF (7 622 450 EUR)
- Arbeits- und Ausbildungsbeihilfe: 130 Mio. FRF (19 818 372 EUR)
- Finanzierung des Abtransports des Holzes: 8 Mrd. FRF (1 219 592 136 EUR) als zinsverbilligtes Darlehen
- Beihilfe zur Holzlagerung: 4 Mrd. FRF (609 796 068 EUR) als zinsverbilligtes Darlehen
- Beihilfe zum Holztransport: 700 Mio. FRF (106 714 312 EUR)
- Beihilfe zur Verarbeitung von Windbruchholz: 100 Mio. FRF (15 244 901 EUR)
- Beihilfe zur organisatorischen und technischen Begleitung: 70 Mio. FRF (10 671 431 EUR)
- Wiederaufforstung der geschädigten Wälder: 6 Mrd. FRF (914 694 103 EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Maximal 100 %

Laufzeit: Unterschiedlich

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 16.5.2000

Mitgliedstaat: Spanien

Beihilfe Nr.: N 175/2000

Titel: Agromonetäre Übergangsbeihilfen

Zielsetzung: Ausgleich der Einkommenseinbußen, die Erzeugern durch die Verringerung des auf bestimmte direkte Beihil-

fen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik angewandten Wechselkurses entstehen

Rechtsgrundlage: Ministerialerlaß, Verordnung (EG) Nr. 2800/98 des Rates und Verordnung (EG) Nr. 2808/98, (EG) Nr. 2813/98, (EG) Nr. 2200/1999 und (EG) Nr. 2206/1999 der Kommission

Haushaltsmittel:

- 2000: 0,69 Mio. EUR
- 2001: 0,23 Mio. EUR
- 2002: 0,115 Mio. EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: Je nach Regelung und Autonomer Gemeinschaft unterschiedlich

Laufzeit: Drei Jahre

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 16.5.2000

Mitgliedstaat: Frankreich

Beihilfe Nr.: N 188/2000

Titel: Beihilfe für landwirtschaftliche Betriebe infolge von Stürmen

Zielsetzung: Entschädigung der betroffenen Landwirte für die bei den Stürmen Ende Dezember 1999 entstandenen Schäden

Haushaltsmittel:

- Verfahren „Naturkatastrophen“: 415 Mio. FRF (63 266 000 EUR)
- Zusätzliche Beihilfen: 300 Mio. FRF (45 734 700 EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Maximal 100 %

Laufzeit: Unterschiedlich

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

(2000/C 184/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses: 1.3.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Valencia)

Beihilfe Nr.: N 538/99

Titel: Regionale Beihilferegulung für Forschung und Entwicklung

Zielsetzung: Forschung und Entwicklung

Rechtsgrundlage: Proyecto de Orden de la Consejería de Empleo, Industria y Comercio sobre concesión de ayudas en materia de industria y energía (Disposiciones relativas a las ayudas para el fomento de la I+D)

Haushaltsmittel: 340 Mio. EUR jährlich

Beihilfeintensität oder -höhe:

- 60 % bis 35 % NSÄ für Forschung und Entwicklung
- 75 bzw. 50 % NSÄ für Durchführbarkeitsstudien im Vorfeld zu Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 29.3.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Kastilien und León)

Beihilfe Nr.: N 437/99

Titel: Regionalbeihilferegulung für die Forschung „Technologische Anreize für Unternehmen“

Zielsetzung: Forschung und Entwicklung

Rechtsgrundlage: Proyecto de bases generales del convocatoria de la ADE «Incentivos tecnológicos a empresas»

Haushaltsmittel: 30 Mio. EUR jährlich

Beihilfeintensität oder -höhe:

- 60 % BSÄ (70 % für KMU) für Beihilfen zugunsten der Forschung und der Durchführbarkeitsstudien im Vorfeld zu diesen Tätigkeiten
- 35 % BSÄ (45 % für KMU) für Beihilfen im Bereich der vorwettbewerblichen Entwicklung und der Durchführbarkeitsstudien im Vorfeld zu diesen Tätigkeiten

Für die Anmeldung von Patenten durch KMU gelten dieselben Sätze wie für die zugrundeliegenden Forschungs- oder Entwicklungstätigkeiten

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 29.3.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Kastilien La Mancha)

Beihilfe Nr.: N 632/99

Titel: Regionalbeihilferegulung zugunsten der Investitionen, Forschung und Entwicklung sowie der Wettbewerbsfähigkeit

Zielsetzung: Regionalentwicklung, F&E und KMU

Rechtsgrundlage: Decreto 53/1998, sobre la competitividad e incentivos a la inversión empresarial

Haushaltsmittel: 7 000 Mio. ESP jährlich (42,070 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe:

- 30 % BSÄ für Investitionsbeihilfen und investitionsgebundene Beschäftigungsbeihilfen
- 50 % BSÄ für Beihilfen zugunsten der Forschung und Durchführbarkeitsstudien im Vorfeld zu Forschungs- oder Entwicklungstätigkeiten
- 25 % BSÄ (35 % BSÄ für KMU) für Beihilfen im Bereich der vorwettbewerblichen Entwicklung
- 50 % BSÄ für andere Arten von Beihilfen zugunsten von KMU

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 29.3.2000

Mitgliedstaat: Italien (Sardinien)

Beihilfe Nr.: N 634/A/99

Titel: Maßnahmen zur Umstellung der Bergbaugebiete: Zuschüsse für KMU

Zielsetzung: Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit der in Schwierigkeiten befindlichen Bergbaugebiete Sardinien

Rechtsgrundlage: Legge della regione Sardegna n. 33 del 4.12.1998 articolo 2 concernente «Interventi per la riconversione delle aree minerarie e soppressione dell'Ente Minerario Sardo» e sue direttive di attuazione

Haushaltsmittel: 30 Mrd. ITL (rund 15,5 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: 40 % BSÄ

Laufzeit: Bis 31.12.2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 11.4.2000

Mitgliedstaat: Italien (Campania)

Beihilfe Nr.: NN 91/98 (ex NN 91/98 und 92/98)

Titel: Dringende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit in den von den verheerenden Erdbeben in der Region Neapel betroffenen Gebieten

Zielsetzung: Entschädigungsbeihilfen

Rechtsgrundlage:

— Articolo 20 dell'ordinanza del ministro della Protezione civile n. 2787 del 21.5.1998, così come modificato dall'articolo 8 dell'ordinanza n. 2789 del 15 giugno 1998

— Articolo 19 dell'ordinanza del ministro della Protezione civile n. 2787 del 21.5.1998, così come modificato dall'articolo 7 dell'ordinanza n. 2789 del 15 giugno 1998

— Articolo 4 del Decreto legge 11 giugno 1998 n. 180 «Misure urgenti per la prevenzione del rischio idrogeologico ed a favore delle zone colpite da disastri franosi nella regione Campania»

Haushaltsmittel: Unbestimmt

Beihilfeintensität oder -höhe: Variabel

Laufzeit: Nicht festgelegt

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 11.4.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Kastilien und León)

Beihilfe Nr.: N 596/99

Titel: Regionalbeihilferegelung für die technologische Ausbildung, Forschung und Innovation

Zielsetzung: Ausbildung

Rechtsgrundlage: Convocatoria de ayudas de la Agencia de Desarrollo Económico de Castilla y León para el año 2000 y siguientes

Haushaltsmittel: 10,15 Mrd. ESP (63,106 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe:

— Besondere Ausbildung: 35 % BSÄ (45 % für KMU)

— Allgemeine Ausbildung: 60 % BSÄ (80 % für KMU)

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 11.4.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Kastilien und León)

Beihilfe Nr.: N 654/99

Titel: Beschäftigungsbeihilferegelung

Zielsetzung: Schaffung von Arbeitsplätzen

Rechtsgrundlage: Orden de la Consejería de Industria, Comercio y Turismo por la que se convocan subvenciones en programas de fomento de empleo del Nuevo Plan Regional de Empleo de Castilla y León relativos a nuevas contrataciones por organización flexible del tiempo de trabajo

Haushaltsmittel: 225 Mio. ESP (1,35 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Von 13 % BSÄ bis 22 % BSÄ des Bruttolohns während der Dauer von zwei Jahren

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 11.4.2000

Mitgliedstaat: Finnland

Beihilfe Nr.: N 734/99

Titel: Verlängerung des Zinsausgleichssystems bei staatlich geförderten Schiffskrediten

Zielsetzung: Verlängerung der Zinsausgleichsvereinbarungen für OECD-konforme Exportkredite für Schiffe um drei Jahre bis Ende 2002 — Schiffbau

Rechtsgrundlage:

— Laki julkisesti tuettujen viesti- ja alusluottojen korontasauk-sesta annetun lain muuttamisesta, 1999

— Lag om ändring av lagen om utjämning av räntan för of-fentligt understödda export- och fartygskrediter, 1999

Haushaltsmittel: Haushaltsordnung

Laufzeit: Bis Ende 2002

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entsch-eidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 11.4.2000

Mitgliedstaat: Spanien

Beihilfe Nr.: N 773/99

Titel: Fördergebietskarte für die Jahre 2000—2006

Zielsetzung: Regionalentwicklung

Beihilfeintensität oder -höhe:

— Gebiete nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a) EG-Vertrag: zwischen 35 % und 50 % NSÄ; KMU-Zuschlag von 15 % brutto

— Gebiete nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag: zwischen 10 % und 20 % NSÄ; Gebiete mit geringer Bevöl-kerungsdichte 30 % NSÄ; KMU-Zuschlag von 10 % brutto; allerdings wird der in Ziffer 4.9 der Leitlinien für Regional-beihilfen festgelegte Höchstsatz nicht überschritten

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entsch-eidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 11.4.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Kastilien und León)

Beihilfe Nr.: N 800/99

Titel: Regionalbeihilferegelung für die Berufsausbildung

Zielsetzung: Ausbildung

Rechtsgrundlage: Proyecto de Orden de la Consejería de In-dustria, Comercio y Turismo por la que se convocan subven-ciones para formación

Haushaltsmittel: 700 Mio. ESP (4 207 084 EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe:

— Besondere Ausbildung 35 % BSÄ (45 % für KMU)

— Allgemeine Ausbildung 60 % BSÄ (80 % für KMU)

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entsch-eidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 11.4.2000

Mitgliedstaat: Niederlande

Beihilfe Nr.: N 151/2000

Titel: Schiffbaubeihilferegelungen 2000

Zielsetzung: Schiffbau

Rechtsgrundlage: Besluit subsidies zeescheepsnieuwbouw und Regeling exportfinancieringsarrangement zeescheepsbouw

Haushaltsmittel: Schätzungsweise 170 Mio. NLG (ca. 77,143 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Auftragsbezogene Betriebsbei-hilfe bis zu einem Höchstbetrag von 9 % (4,5 % für kleinere Schiffe und Umbauten)

Laufzeit: Bis 31. Dezember 2000

Andere Angaben: Die niederländischen Behörden haben sich verpflichtet, zu gewährleisten, daß eine Kumulierung über die gemeinsame Beihilfehöchstgrenze hinaus nicht stattfindet

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entsch-eidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2000/C 184/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses:	16.5.2000
Mitgliedstaat:	Deutschland
Beihilfe Nr.:	N 180/2000
Titel:	Beihilfe für die Ausbildung von Schiffsjungen
Zielsetzung:	Ausbildung von Schiffsjungen in der Binnenschifffahrt
Rechtsgrundlage:	Richtlinie für die Gewährung von Beihilfen zur Ausbildungsförderung in der deutschen Binnenschifffahrt
Haushaltsmittel:	6 135 503 EUR (12 Mio. DM)
Beihilfeintensität oder -höhe:	50 % der Gesamtkosten der Ausbildung mit einem Höchstbetrag von 50 000 DM pro Person für die Gesamtdauer der Ausbildung zum Binnenschiffer (3 Jahre)
Laufzeit:	1.1.2000—31.12.2003
Andere Angaben:	Die Binnenschiffahrtsunternehmen müssen ihren Sitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben und mit eigenen, gemieteten, gepachteten oder geleasten Binnenschiffen Binnenschifffahrt betreiben. Der Auszubildende muß über einen Lehrvertrag auf einem Binnenschiff verfügen und seinen ersten Wohnsitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben. Er muß sich in der Ausbildung zum Binnenschiffer gemäß den staatlich anerkannten Kriterien befinden

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2000/C 184/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses:	3.5.2000
Mitgliedstaat:	Spanien (Castilla y León)
Beihilfe Nr.:	N 693/99, N 697/99, N 698/99
Titel:	Beschäftigungsbeihilfen (Umsetzung der beschäftigungs-politischen Leitlinien der Gemeinschaft)
Zielsetzung:	Schaffung von Arbeitsplätzen
Rechtsgrundlage:	Orden de la Consejería de Industria, Comercio y Turismo por la que se convocan las ayudas económicas para fomentar la contratación indefinida, la transformación de contratos temporales en indefinidos, la integración de desempleados en sociedades anónimas y sociedades de responsabilidad limitada, la contratación indefinida de técnicos de prevención de riesgos laborales, la contratación por sustitución de ausencias en la empresa, los nuevos yacimientos de empleo y la contratación del primer trabajador
Haushaltsmittel:	1 480 Mio. ESP (8,89 Mio. EUR)
Beihilfeintensität oder -höhe:	Zwischen 360 000 ESP (2 163 EUR) und 900 000 ESP (5 409 EUR) je Neueinstellung
Laufzeit:	2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2000/C 184/08)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses:	31.3.2000
Mitgliedstaat:	Spanien (Asturien)
Beihilfe Nr.:	N 673/99
Titel:	Regionaler Zuschuß an Asetra
Zielsetzung:	Unterstützung eines Gewerbeverbands von Straßen- und Nahverkehrsunternehmen bei der Einrichtung eines Informations- und Dienstleistungssystems im Verkehrsbereich
Rechtsgrundlage:	Resolución de 5 de marzo de 1998 del Instituto de Fomento Regional por la que se establecen las bases reguladoras para la concesión de ayudas de la Iniciativa PYME de desarrollo empresarial
Beihilfeintensität oder -höhe:	Die Maßnahme stellt keine Beihilfe dar
Laufzeit:	Einmalige Gewährung

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen

(2000/C 184/09)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Die Kommission hat 1994 den Gemeinschaftsrahmen für staatliche Umweltschutzbeihilfen angenommen⁽¹⁾. Sie hat die Gültigkeit dieses Gemeinschaftsrahmens im Wege der Entscheidung am 22. Dezember 1999 bis zum 30. Juni 2000 verlängert⁽²⁾. Sie hat am 28. Juni 2000 beschlossen, diese Gültigkeitsdauer bis zum 31. Dezember 2000 zu verlängern.

⁽¹⁾ ABl. C 72 vom 10.3.1994, S. 3.

⁽²⁾ ABl. C 14 vom 19.1.2000, S. 8.

Bekanntmachung über die Einleitung einer Überprüfung der Antidumpingmaßnahmen betreffend die Einfuhren von Faxgeräten für den Privatgebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China, Japan, der Republik Korea, Malaysia, Singapur, Taiwan und Thailand

(2000/C 184/10)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Die Kommission beschloß, gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 vom 22. Dezember 1995 ⁽¹⁾, zuletzt geändert mit der Verordnung (EG) Nr. 905/98 ⁽²⁾, (nachstehend „Grundverordnung“ genannt) von sich aus eine Interimsprüfung der Antidumpingmaßnahmen betreffend die Einfuhren von Faxgeräten für den Privatgebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China, Japan, der Republik Korea, Malaysia, Singapur, Taiwan und Thailand einzuleiten. Diese Überprüfung betrifft alle Aspekte des Verfahrens.

1. Ware

Bei der Ware handelt es sich um Faxgeräte für den Privatgebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China, Japan, der Republik Korea, Malaysia, Singapur, Taiwan und Thailand. Die Ware wurde in der Verordnung (EG) Nr. 904/97 des Rates ⁽³⁾ definiert als Faxgeräte mit einem Gewicht von 5 kg oder weniger und Gehäuseabmessungen von 470 mm × 450 mm × 170 mm (Breite × Tiefe × Höhe), außer Faxgeräten mit Tintenstrahl-, Laser- oder LED-(Light Emitting Diode) Druckverfahren, des KN-Codes 8517 21 00, im folgenden „Faxgeräte für den Privatgebrauch“ oder „betroffene Ware“ genannt.

Wie unter Nummer 3 dargelegt, wird im Zuge der Untersuchung auch geprüft, ob die vorstehende Warendefinition den gegenwärtig auf dem Gemeinschaftsmarkt verkauften Faxgeräten für den Privatgebrauch noch entspricht.

Der KN-Code wird nur informationshalber angegeben.

2. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um die mit Verordnung (EG) Nr. 904/98 (nachstehend „Verordnung“ genannt) eingeführten endgültigen Antidumpingzölle.

3. Gründe für die Überprüfung

Seit der Einführung der Antidumpingmaßnahmen verfolgt die Kommission sorgfältig die Entwicklung der gesamten Einfuhren der betroffenen Ware in die Gemeinschaft. Dabei wurden erhebliche Änderungen des Handelsgefüges zwischen Drittländern und der Gemeinschaft sowohl bei der Einfuhrmenge als auch bei den Einfuhrpreisen festgestellt, was auf veränderte Umstände schließen läßt.

Zudem kam es insbesondere bei den Druckverfahren und den materiellen Eigenschaften der betroffenen Ware zu bestimmten technischen und technologischen Entwicklungen. Diesbezüglich machte der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft unter Vorlage von Beweisen geltend, daß die unter Nummer 1 genannte ursprüngliche Warendefinition aufgrund der veränderten Umstände infolge der neuen Entwicklungen veraltet ist. Dies gilt insbesondere für die Druckverfahren, die sich offensichtlich seit der Ausgangsuntersuchung wesentlich geändert haben.

Ferner wurde behauptet, daß die Wirksamkeit der Antidumpingmaßnahmen untergraben wurde, da geringfügige Veränderungen der Ware dazu führten, daß Faxgeräte unter anderen KN-Codes eingeführt wurden und daher den Maßnahmen nicht unterlagen. Aus diesen Gründen ist eine umfassende Überprüfung der geltenden Maßnahmen erforderlich.

4. Verfahren

Die Kommission kam nach Konsultationen im Beratenden Ausschuß zu dem Schluß, daß genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung einer Interimsüberprüfung zu rechtfertigen, und leitet gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung eine Untersuchung ein. Im Rahmen dieser Untersuchung wird geprüft, ob die geltenden Maßnahmen aufrechterhalten, aufgehoben oder geändert werden müssen.

a) Stellungnahmen zur Warendefinition

Die interessierten Parteien, insbesondere diejenigen, die an der Untersuchung mitarbeiteten, welche zur Einführung der geltenden Maßnahmen führte, die Gegenstand dieser Überprüfung sind, werden aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 5 Buchstabe b) gesetzten Frist zu der Warendefinition Stellung zu nehmen und Informationen über die technischen Merkmale aller Faxgeräte für den Privatgebrauch zu übermitteln, und zwar unabhängig davon, ob die Geräte die Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 904/98 erfüllen.

b) Fragebogen

Die Kommission wird den Gemeinschaftsherstellern und deren repräsentativem Verband in der Gemeinschaft sowie den ausführenden Herstellern und allen Einführern und Verwendernorganisationen, die an der Untersuchung mitarbeiteten, welche zu den geltenden Maßnahmen führte, die Gegenstand dieser Überprüfung sind, Fragebogen zusenden, um die für diese Überprüfung als notwendig erachteten Informationen einzuholen. Gleichzeitig wird allen bekannten repräsentativen Verbänden von ausführenden Herstellern und Einführern ein Exemplar des Fragebogens übermittelt.

Den Behörden der Ausfuhrländer wird eine Liste der bekanntermaßen betroffenen ausführenden Hersteller und ein Exemplar des Fragebogens übermittelt.

Die interessierten Parteien, die nicht an der Untersuchung mitarbeiteten, welche zu den geltenden Maßnahmen führte, die Gegenstand dieser Überprüfung sind, werden aufgefordert, umgehend bei der Kommission nachzufragen, ob sie von der Überprüfung betroffen sind. Ist dies der Fall, sollten sie den Fragebogen baldmöglichst und nicht später als 15 Tage nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* anfordern. Die Fragebogen sind schriftlich unter Angabe des Namens, der Anschrift, der Telefon-, der Telefax- und/oder der Telexnummer der interessierten Partei bei der unten aufgeführten Dienststelle anzufordern.

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 128 vom 30.4.1998, S. 18.

⁽³⁾ ABl. L 128 vom 30.4.1998, S. 1.

c) *Einholung von Informationen und Anhörungen*

Alle interessierten Parteien, die nachweisen können, daß sie wahrscheinlich vom Ergebnis der vorliegenden Untersuchung betroffen sein werden, werden aufgefordert, ihren Standpunkt unter Vorlage sachdienlicher Beweise schriftlich darzulegen.

Die Kommission kann interessierte Parteien ferner anhören, sofern die Parteien dies schriftlich beantragen und nachweisen, daß besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen.

d) *Wahl eines Drittlands mit Marktwirtschaft*

Es wird beabsichtigt, gemäß Artikel 2 Absatz 7 der Grundverordnung Korea als geeignetes Drittland mit Marktwirtschaft zur Ermittlung des Normalwerts für die Volksrepublik China heranzuziehen. Die interessierten Parteien werden aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 5 Buchstabe c) gesetzten Frist zu der Angemessenheit dieser Wahl Stellung zu nehmen.

e) *Marktwirtschaftsstatus*

Für die ausführenden Hersteller in der Volksrepublik China, die unter Vorlage von ausreichenden Beweisen geltend machen, daß sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig sind, d. h. die Kriterien des Artikels 2 Absatz 7 Buchstabe c) der Grundverordnung erfüllen, wird der Normalwert nach Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b) der Grundverordnung ermittelt. Die entsprechenden Anträge der ausführenden Hersteller müssen innerhalb der unter Nummer 5 Buchstabe d) gesetzten Frist gestellt werden und ordnungsgemäß begründet sein. Die Kommission sendet allen ihr bekannten ausführenden Herstellern der betroffenen Ware in der Volksrepublik China und den chinesischen Behörden Antragsformulare zu.

f) *Interesse der Gemeinschaft*

Damit gemäß Artikel 21 der Grundverordnung entschieden werden kann, ob die Aufrechterhaltung, Aufhebung oder Änderung der geltenden Maßnahmen im Interesse der Gemeinschaft liegt, können sich der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände sowie repräsentative Verwender und repräsentative Verbraucherverbände innerhalb der in dieser Bekanntmachung unter Nummer 5 Buchstabe a) gesetzten Frist selbst melden und der Kommission Informationen übermitteln, sofern sie nachweisen, daß zwischen ihrer Tätigkeit und der betroffenen Ware ein objektiver Zusammenhang besteht. Solche Informationen werden nur berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch sachdienliche Beweise belegt sind.

5. Fristen

a) *Allgemeine Frist*

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen sich die interessierten Parteien innerhalb von 40 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* selbst melden, ihren Standpunkt schriftlich darlegen und Informationen übermitteln, wenn diese Standpunkte und Informationen während der Unter-

suchung berücksichtigt werden sollen. Innerhalb derselben Frist können die interessierten Parteien auch einen Antrag auf Anhörung durch die Kommission stellen. Diese Frist gilt für alle interessierten Parteien einschließlich derjenigen, die der Kommission nicht bekannt sind, so daß es im Interesse dieser Parteien liegt, sich umgehend mit der Kommission in Verbindung zu setzen.

b) *Besondere Frist für die Stellungnahmen zur Warendefinition*

Die Stellungnahmen zu den Änderungen der unter Nummer 1 genannten ursprünglichen Warendefinition sind unter Vorlage sachdienlicher Beweise schriftlich innerhalb von 21 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* zu übermitteln.

c) *Besondere Frist für die Wahl des Drittlands mit Marktwirtschaft*

Die von der Untersuchung betroffenen Parteien müssen etwaige Stellungnahmen zu der Wahl Koreas als geeignetem Drittland mit Marktwirtschaft (vgl. Ziffer 4 Buchstabe d)) zur Ermittlung des Normalwerts für die Volksrepublik China innerhalb von zehn Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* übermitteln.

d) *Besondere Frist für die Anträge auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus*

Die Anträge auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus (vgl. Ziffer 4 Buchstabe e)) sind unter Vorlage sachdienlicher Beweise schriftlich innerhalb von 21 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* zu übermitteln.

e) *Besondere Frist für die Beantwortung der Fragebogen*

Die Antworten auf die Fragebogen (vgl. Ziffer 4 Buchstabe b)) sind schriftlich innerhalb von 37 Tagen nach Absendung der Fragebogen zu übermitteln.

Anschrift der Kommission:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Handel
 Direktionen C und E
 (DM 24 — 8/38)
 Rue de la Loi/Wetstraat 200
 B-1049 Brüssel
 Fax (32-2) 295 65 05
 Telex: COMEU B 21877

6. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigert eine interessierte Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder übermittelt sie sie nicht innerhalb der unter Ziffer 5 vorgesehenen Fristen oder behindert sie erheblich die Untersuchung, so können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung vorläufige oder endgültige positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden. Wird festgestellt, daß eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so werden diese Informationen nicht berücksichtigt, und die verfügbaren Informationen können zugrunde gelegt werden.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.1884 — Mondi/Frantschach/AssiDomän)

(2000/C 184/11)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 27. Juni 2000 ist die Anmeldung eines Zusammenschlußvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Mondi Holding GmbH, Österreich, das der Anglo American Gruppe angehört, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit der Frantschach AG, Österreich, und über mehrere Unternehmen der AssiDomän AB, Schweden, durch den Kauf von Anteilsrechten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Mondi Holding GmbH: Holdinggesellschaft für Papier- und Verpackungsgesellschaften;

— Frantschach AG: Herstellung von Papier und Verpackungen;

— AssiDomän Unternehmen: Herstellung von Papier und Verpackungen.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, daß der angemeldete Zusammenschluß unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.1884 — Mondi/Frantschach/AssiDomän, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.1982 — Telia/Oracle/Drutt)**

(2000/C 184/12)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 26. Juni 2000 wurde der Kommission gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, ein Zusammenschlußvorhaben gemeldet. Danach ist folgendes beabsichtigt: Das vom schwedischen Staat kontrollierte Unternehmen Telia AB und die Oracle Corporation (USA) erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung durch Kauf von Anteilsrechten die gemeinsame Kontrolle über Drutt Corporation im Rahmen eines neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmens.

2. Die Unternehmen sind in folgenden Bereichen tätig:

— Telia AB: Telekommunikationsdienste im Post- und Mobilfunknetz;

— Oracle Corporation: Informationsmanagement-Software;

— Drutt Corporation: drahtloses Internet-Portal.

3. Die Kommission stellt nach einer ersten Prüfung fest, daß das angemeldete Vorhaben in den Anwendungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fallen könnte. Sie behält sich jedoch die endgültige Entscheidung hierüber vor.

4. Die Kommission fordert etwaige betroffene Dritte hiermit auf, sich zu dem Vorhaben zu äußern.

Die Bemerkungen sind der Kommission binnen zehn Tagen vom Datum dieser Veröffentlichung an gerechnet per Fernschreiben (Fax (32-2) 296 43 01 bzw. 296 72 44) oder auf dem Postweg unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.1982 — Telia/Oracle/Drutt zuzuleiten. Die Anschrift lautet:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Mitteilung an die Marktbeteiligten des Bananensektors

(2000/C 184/13)

Betrifft: Anträge der Marktbeteiligten auf Eintragung für das Jahr 2001

1. Gemäß den Artikeln 5 und 8 der Verordnung (EG) Nr. 2362/98 der Kommission vom 28. Oktober 1998 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates betreffend die Regelung für die Einfuhr von Bananen in die Gemeinschaft ⁽¹⁾ müssen die traditionellen Marktbeteiligten ebenso wie die neuen Marktbeteiligten vor dem 1. Juli in einem der Mitgliedstaaten ihren Antrag auf Eintragung stellen. Zugleich müssen die Marktbeteiligten gemäß diesen Vorschriften den zuständigen nationalen Stellen die erforderlichen Belege und Nachweise vorlegen, damit ihre Referenzmenge bzw. die ihnen zuzuteilende Jahresmenge berechnet werden kann.
2. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Bedingungen, unter denen die Einfuhren im Jahr 2001 stattfinden werden, noch nicht bekannt, doch ist zu erwarten, daß an der jetzigen Einfuhrregelung Änderungen vorgenommen werden.
3. Infolgedessen wird den Marktbeteiligten angeraten, alle Dokumente, aus denen ihre Tätigkeit im Bananhandel hervorgeht, sorgfältig aufzubewahren und für die Vorlage bei den zuständigen nationalen Stellen bereitzuhalten, jedoch bis auf weiteres keinen Antrag auf Eintragung zu stellen.

⁽¹⁾ ABl. L 293 vom 31.10.1998, S. 32.

HINWEIS

Am 6. Juli 2000 erscheint im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* C 187 A der „Gemeinsame Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten — Vierte Ergänzung zur 21. Gesamtausgabe“.

Die Abonnenten des Amtsblatts erhalten unentgeltlich die der Zahl und der/den Sprachfassung(en) ihrer Abonnements entsprechenden Exemplare. Sie sind gebeten, den untenstehenden Bestellschein ordnungsgemäß ausgefüllt und mit ihrer „Matrikelnummer“ (dem Code, der links auf jedem Etikett erscheint und mit O/. beginnt) versehen zurückzusenden. Die kostenlose Bereitstellung des Amtsblatts wird während eines Jahres ab dem jeweiligen Erscheinungsdatum gewährleistet.

Nicht abonnierte Interessenten können dieses Amtsblatt gegen Bezahlung bei dem für ihr Land zuständigen Vertriebsbüro bestellen oder sich unmittelbar an das Amt für amtliche Veröffentlichungen, Vertriebsdienst, L-2985 Luxemburg, wenden, das ihre Bestellung an das zuständige Vertriebsbüro weiterleiten wird.

BESTELLSCHEIN

**Amt für amtliche Veröffentlichungen
der Europäischen Gemeinschaften**
Vertriebsdienst
2, rue Mercier
L-2985 Luxemburg

Ich bin Abonnent des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften*.

Meine Matrikelnummer lautet: O/.

Bitte schicken Sie mir . . . kostenlose(s) Exemplar(e) des **Amtsblatts C 187 A/2000**.

Ich bestelle . . . zusätzliche(s) Exemplar(e) gegen Bezahlung.

Sprache(n):

Ich bin nicht Abonnent des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* und bestelle gegen Bezahlung . . . **Exemplar(e)**.

Sprache(n):

Name:

Anschrift:

.....

Datum: Unterschrift: